



106. KR-Sitzung, Montag, 26. Mai 2025, 08:15 Uhr

Vorsitz: *Beat Habegger (FDP, Zürich)*

Verhandlungsgegenstände

1. Mitteilungen	2
Antworten auf Anfragen	
Ratsprotokoll zur Einsichtnahme	
Zuweisung von neuen Vorlagen	
2. Rechnung, Geschäftsbericht und Nachhaltigkeitsbericht der Zürcher Kantonalbank (ZKB) für das Jahr 2024	3
Antrag des Bankrates der Zürcher Kantonalbank vom 27. Februar 2025	
und Antrag der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen	
Unternehmen vom 16. April 2025	
KR-Nr. 67a/2025	
3. Rechnung und Geschäftsbericht der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) für das Geschäftsjahr 2023/24.....	29
Antrag des Verwaltungsrates der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich	
vom 9. Dezember 2024 und Antrag der Aufsichtskommission über die	
wirtschaftlichen Unternehmen vom 19. März 2025	
KR-Nr. 33a/2025	
4. Sozialhilfegesetz (SHG), Aufgabenteilung Sozialbehörde und Sozialdienst.....	49
Antrag der Redaktionskommission vom 3. April 2025	
Vorlage 5940b	
5. Verschiedenes.....	54
Fraktions- und persönliche Erklärungen	

1. Mitteilungen

Geschäftsordnung

Ratspräsident Beat Habegger: Wünschen Sie das Wort zur Geschäftsliste?
Dies ist nicht der Fall. Wir fahren fort wie vorgesehen.

Antworten auf Anfragen

Ratspräsident Beat Habegger: Der Regierungsrat hat uns die Antworten auf sieben Anfragen zugestellt:

- KR-Nr. 56/2025, Fremdenpolizei – Stand Personalakten 2025
Lisa Letnansky (AL, Zürich), Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf), Nicole Wyss (AL, Zürich)
- KR-Nr. 57/2025, Einheimischenbonus: Wohnungen für Zürcherinnen und Zürcher
Mario Senn (FDP, Adliswil), Astrid Furrer (FDP, Wädenswil), Barbara Franzen (FDP, Niederweningen)
- KR-Nr. 61/2025, Einsatz von künstlicher Intelligenz im Steuerwesen
Gabriel Mäder (GLP, Adliswil), Nicola Yuste (SP, Zürich), Urs Wegmann (SVP, Neftenbach)
- KR-Nr. 69/2025, Wahl- und Abstimmungsmanipulation durch sogenannte soziale Netze, Bots und künstliche Intelligenz
Felix Hoesch (SP, Zürich), Tina Deplazes (Die Mitte, Hinwil), Manuel Sahli (AL, Winterthur), Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich)
- KR-Nr. 70/2025, Das Problem mit dem Gift im Trinkwasser
Wilma Willi (Grüne, Stadel), Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich)
- KR-Nr. 80/2025, Sexualunterricht an der Volksschule
Roger Cadonau (EDU, Wetzikon), Hans Egli (EDU, Steinmaur), Thomas Lamprecht (EDU, Bassersdorf)
- KR-Nr. 130/2025, Schulwegsicherheit – notwendige Unterstützungsmaßnahmen
Linda Camenisch (FDP, Wallisellen), Michael Biber (FDP, Bachenbülach), Christian Pfaller (SVP, Bassersdorf)

Ratsprotokoll zur Einsichtnahme

Auf der Webseite des Kantonsrates ist einsehbar:

- Protokoll der 105. Sitzung vom 19. Mai 2025, 8.15 Uhr

Zuweisung von neuen Vorlagen

Zuweisung an die Kommission für Bildung und Kultur:

- **Beschluss des Kantonsrates zum Postulat KR-Nr. 334/2023 betreffend Sonderprivatauszug bei Anstellungen an Kantons- und Berufsschulen**
KR-Nr. 334a/2023
- **Beschluss des Kantonsrates zum Postulat KR-Nr. 436/2021betreffend BIZ-Elternabende an Sekundarschulen**
KR-Nr. 436a/2021

Zuweisung an die Kommission für Staat und Gemeinden:

- **Beschluss des Kantonsrates über die Behördeninitiative KR-Nr. 376/2021 der Gemeinderäte Wallisellen, Dietlikon, Embrach und Freienstein-Teufen sowie der Stadträte Opfikon und Bülach betreffend «Für eine zeitgemässe dezentrale Organisation des Kantons Zürich»**
KR-Nr. 376b/2021

Zuweisung an die Kommission für Planung und Bau:

- **Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung eines Objektkredits für den Neubau der Kantonsschule Uetikon am See**
Vorlage 6020

2. Rechnung, Geschäftsbericht und Nachhaltigkeitsbericht der Zürcher Kantonalbank (ZKB) für das Jahr 2024

Antrag des Bankrates der Zürcher Kantonalbank vom 27. Februar 2025 und Antrag der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen vom 16. April 2025

KR-Nr. 67a/2025

Ratspräsident Beat Habegger: Gemäss Paragraf 89 des Kantonsratgesetzes ist Eintreten auf die Vorlage obligatorisch und es findet keine Schlussabstimmung statt. Wir werden einzeln über die relevanten Dispositiva abstimmen. Zu diesem Geschäft begrüsse ich den Präsidenten des Bankrates der Zürcher Kantonalbank, Jörg Müller-Ganz.

Ich möchte Ihnen kurz den Behandlungsablauf darlegen. Die Eröffnung machen nun die Präsidentin der AWU (*Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen*), Stefanie Huber, während zehn Minuten und dann ebenfalls für zehn Minuten der Präsident des Bankrates. Danach sprechen die Fraktionssprecherinnen und -sprecher mit ebenfalls je zehn Minuten Redezeit und dann die übrigen Mitglieder des Rates mit jeweils fünf Minuten maximaler Redezeit. Danach schliessen die Vertretung der Zürcher Kantonalbank und die Kommissionspräsidentin der AWU mit einer Replik die Debatte.

Stefanie Huber (GLP, Dübendorf), Präsidentin der AWU: Warum ist die ZKB im Ausland aktiv? Warum ermöglicht die ZKB den Handel mit Kryptowährungen? Welches Risiko birgt das Asset Management der Swisscanto für die ZKB? Diese drei Fragen möchte ich aus Sicht der AWU beantworten, bevor ich zum Geschäftsjahr 2024 komme und mit der Tätigkeit der Kommission und dem Dank an die ZKB schliesse.

Warum ist die ZKB im Ausland aktiv? Die Zürcher Bevölkerung ist international vernetzt, beruflich wie familiär. Das bedingt Kontoverbindungen im Ausland. International unterwegs ist auch die Zürcher Wirtschaft, welche die ZKB als eine der wenigen genuin Schweizer Banken in allen Belangen begleiten kann. Die Auslandaktivitäten werden als Teil des Leistungsauftrags verstanden, weil sie die Bedürfnisse der Zürcher Bevölkerung und Wirtschaft befriedigen. Das schafft volkswirtschaftlichen Nutzen. Die ZKB legt aber ein starkes Risikobewusstsein für diese Aktivitäten an den Tag und kennt aufwendige Auswahl- und Überwachungsprozesse. Gerade weil nur Geschäfte mit geringem Risiko und nur im Zusammenhang mit Schweizer Firmen eingegangen werden, dient dieses Engagement auch der Risikodiversifikation. Dieses Thema wurde als Schwerpunkt für die Berichterstattung zum Leistungsauftrag 2024 gewählt und ist im Geschäftsbericht dokumentiert.

Warum ermöglicht die ZKB Handel mit Kryptowährungen? Aktuell können Kundinnen und Kunden der ZKB die Kryptowährungen Bitcoin und Ethereum rund um die Uhr handeln und verwahren, das finanzielle Risiko bleibt bei ihnen. Für die ZKB ist der Handel mit Kryptowährungen ein Puzzleteil in der Entwicklung der Finanzmarktinfrastruktur hin zum Digital Asset Hub. Die ZKB möchte vorbereitet sein, wenn die Blockchain-Technologie breite Anwendungen erfahren wird. Daneben besteht im Kanton Zürich ein Kundenbedürfnis nach Handeln mit Kryptowährungen. Die Kundinnen und Kunden sowie die Privatbanken können die Kryptowährungen in die ihnen bekannte Portfoliosicht einbinden und benötigen keine eigene Infrastruktur. Aufgrund der Marktdominanz von Bitcoin kann aktuell darauf nicht verzichtet werden. Die Bank hat aber das Net-Settlement-Verfahren gewählt, mit dem ein Ausgleich der Netto-Positionen aus allen Kundentransaktionen nur einmal täglich erfolgt. Mit Ethereum steht zudem eine energieeffizientere Alternative zur Verfügung.

Welches Risiko birgt das Asset Management der Swisscanto für die ZKB? Gegründet als gemeinsame Plattform der Kantonalbanken für die Entwicklung und den Vertrieb von Fonds ist die Swisscanto Holding seit 2015 Teil der ZKB. Heute verwalten 260 Mitarbeitende ein Vermögen von rund 275

Milliarden Franken. Aus Sicht der Verantwortlichen gehört das Asset Management zur Universalbank und ist auch deshalb attraktiv, weil es auf die Bilanz keinen Einfluss hat. Das Risiko bleibt bei den Kundinnen und Kunden. Neben der Erweiterung des nachhaltigen und der Stärkung des Private-Market-Angebots setzt die Swisscanto auf den internationalen Vertrieb, wir machen den Link zum ersten Thema. Während die Produkte vom Swisscanto 100 Prozent «Swiss made» sind, stellt der Vertrieb in Europa eine wichtige Wachstumsmöglichkeit dar, um Skaleneffekte zu nutzen. So werden für das Asset Management auch Standorte beispielsweise in Italien und Spanien aufgebaut. Partner im Ausland sind aus Risikoüberlegungen jedoch nur andere Finanzinstitute, weder Unternehmer noch Privatpersonen. Die Visitation 2024 bei Swisscanto bot die Gelegenheit für einen vertieften Austausch, beispielsweise zur weiterhin tiefen Frauenquote vor allem in Führungspositionen oder die Bedeutung von Nachhaltigkeit, nicht im Sinne von Weltrettung, sondern im Sinne der langfristigen Risikooptimierung.

Ich komme zum Geschäftsjahr 2024. Die ZKB blickt auf ein sehr ansprechendes Geschäftsjahr zurück. Der Konzerngewinn überschritt mit 1,3 Milliarden Franken zum dritten Mal die Milliardengrenze. Unter Berücksichtigung, dass 2023 zusätzliche Reserven zur Stärkung der Eigenmittelbasis gebildet wurden, lag der Gewinn 3,5 Prozent über dem Vorjahr. Erstmals wurde 2024 die OECD-Mindeststeuer (*Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*) im Umfang von 156 Millionen Franken ausbezahlt. Daneben erhielt der Kanton eine Dividende von 184 Millionen Franken, den Beitrag zur Deckung der Selbstkosten von knapp 21 Millionen Franken und die Abgeltung der Staatsgarantie von rund 31 Millionen Franken. An die Gemeinden gingen 170 Millionen Franken. Die Partizipation von Kanton und Gemeinden am Erfolg der Bank beträgt insgesamt 562 Millionen Franken.

Noch einige Detailkennzahlen: Der Geschäftsertrag lag gut 3 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Das Zinsgeschäft lag knapp 8 Prozent unter dem Vorjahr, hauptsächlich aufgrund der Leitzinssenkungen der SNB (*Schweizerische Nationalbank*). 15 Prozent unter dem Vorjahr resultierte der Erfolg aus dem Handelsgeschäft, während das Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft eine Steigerung von knapp 9 Prozent aufwies. Dieses Wachstum ist dem freundlich gesinnten Börsenumfeld sowie dem Wachstum verwalteter Kundenvermögen geschuldet. Das kostenlose Alltagsbanking brachte beispielsweise fast 31'000 neue Kundinnen und Kunden. Der Geschäftsaufwand stieg um 3 Prozent, was unter anderem auf die 4-Prozent-Steigerung beim Personalbestand zurückzuführen ist. Das Vergütungsmodell wurde auf 2024 hin geändert, auch der Vergütungsmix, hier verweise ich auf die Ausführungen vom Vorjahr. Der Sachaufwand erhöhte sich um knapp 2 Prozent.

Sämtliche Kapital- und Liquiditätskennzahlen sind weiterhin auf hohem Niveau und übertreffen die regulatorischen Anforderungen. Die ZKB wird – auch auf Stand-alone-Basis – von den Ratingagenturen als eine der sichersten Universalbanken weltweit angesehen. Dies wurde auch von der Revisionsstelle in ihrem Spezialbericht über die wirtschaftliche Lage der Bank bestätigt, wonach keine Hinweise vorliegen, die auf eine Inanspruchnahme der Staatsgarantie schliessen lassen würden.

Die AWU hat des Weiteren den Nachhaltigkeitsbericht beraten, welchen wir heute ebenfalls abnehmen, der die Nachhaltigkeitsambitionen der ZKB auch in der Begleitung der Wirtschaft darstellt. Inkludiert ist der Klimabericht mit unter anderem den Klimazielen des Asset Managements und einer Risikoopistik.

Neben den bereits aufgeführten Schwerpunkten hat sich die AWU in diesem Jahr beispielsweise auch zum Filial- und Bancomaten-Konzept, dem Vorgehen betreffend Ausschreibung und Wahl der Revisionsstelle, Bedeutung und Auswirkungen der Reglemente Basel III (*Basler Akkord betreffend Eigenkapital-Vorschriften*), der Ursachenforschung und Abwicklung der Zwischenfälle im IT-Bereich oder zu verschiedenen Personalthemen informieren lassen. Sie sehen, wir haben versucht, in die unterschiedlichsten Ecken der Bank zu leuchten.

Jährlich erhält die AWU Einsicht in dieaufsichtsrechtliche Prüfung durch Ernst & Young, welche diese nach Vorgaben der FINMA (*Eidgenössische Finanzmarktaufsicht*) ausführt. Die Revisionsgesellschaft ist zu einem guten Prüfergebnis für das Geschäftsjahr 2023 gekommen. Für die Prüfung der Einhaltung des Leistungsauftrags diskutierte die AWU einen vertraulichen Bericht über den Erfüllungsgrad des Leistungsauftrags aus quantitativer wie qualitativer Sicht. Für 2024 basierte die Berichterstattung erstmals auf dem neuen Leistungsauftrag 2030, welcher mit Blick auf die Ergänzung im Zweckartikel des ZKB-Gesetzes erarbeitet wurde. Der Versorgungs-, der Unterstützungs- und der Nachhaltigkeitsauftrag wurden neu strukturiert und mit aktualisierten Messgrössen hinterlegt. Mit dem kostenlosen ZKB-Banking, der Philanthropie-Stiftung und dem ZKB-Nachhaltigkeitsstandard im Anlagegeschäft hat die ZKB bereits zu Beginn der neuen Berichterstattung drei Leuchttürme mit Strahlkraft eingeführt, wie die Bank es formuliert. Die Aufwendungen für den Leistungsauftrag lagen bei 140 Millionen Franken und damit 15 Prozent tiefer als im Vorjahr, was vor allem auf die einmaligen Gründungskosten der ZKB-Philanthropie-Stiftung zurückzuführen ist.

Aufgrund der beschränkten Redezeit kann ich nicht alle Punkte detailliert besprechen. Wir empfehlen Ihnen dafür den ZKB-Geschäftsbericht oder unsere a-Vorlage. Die Fraktionsvertretungen werden mich ergänzen und sich Themenbereiche herauspicken, die für ihre Fraktionen wichtig sind.

Ich komme zu Antrag und Dank: Der Leistungsauftrag wird, soweit überprüfbar, erfüllt und das Reglement über die Entschädigung der Mitglieder des Bankrates der ZKB eingehalten. Die AWU beantragt Ihnen folgende Beschlüsse: Genehmigung von Jahresrechnung, Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht 2024, Kenntnisnahme der Gewinnverwendung, Entlastung der Bankorgane für das Geschäftsjahr 2024.

Die Zusammenarbeit der AWU mit den Bankorganen der ZKB war stets von Offenheit und Vertrauen geprägt. Sämtliche Fragen wurden umfassend und nachvollziehbar beantwortet. Die AWU bedankt sich bei allen Mitarbeitenden der ZKB sowie den verantwortlichen Organen für ihren Einsatz und die gute Zusammenarbeit im vergangenen Geschäftsjahr. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsident Beat Habegger: Neben dem Präsidenten des Bankrates möchte ich heute Morgen hier im Kantonsrat auch herzlich alle Mitglieder des Bankrates, den CEO (*Urs Baumann*) und die Mitarbeitenden der ZKB auf der Besuchertribüne willkommen heissen.

Jörg Müller-Ganz, Präsident des Bankrates der ZKB: Zuerst ganz herzlichen Dank für die gute Zusammenfassung und die breite und fundierte Auseinandersetzung mit dem Geschäftsbericht durch die Präsidentin unserer Aufsichtskommission. Auch 2024 war geprägt von geopolitischen Spannungen und einer unsicheren wirtschaftlichen Lage. Trotz dieses herausfordernden Umfelds konnte die Zürcher Kantonalbank erneut ein sehr gutes Ergebnis erzielen und damit ihre Verantwortung als nunmehr eine der wichtigsten Universalbanken der Schweiz erfolgreich wahrnehmen.

Das Geschäftsjahr 2024 markiert einen Meilenstein in der Geschichte der Zürcher Kantonalbank. Erstmals seit 155 Jahren war die Zürcher Kantonalbank steuerpflichtig. Dank Ihrer zügigen Anpassung des Kantonalbankgesetzes im letzten Jahr haben Sie sichergestellt, dass am Grundsatz der Gewinnausschüttung nichts geändert wird und somit Kanton und Gemeinden weiterhin wie bisher am Erfolg der Bank partizipieren. Die OECD-Steuer hat jedoch auch semantische Konsequenzen. Wir sprechen neu von «Gewinnpartizipation» anstelle früher «Gewinnausschüttung», weil ein Teil der Partizipation ja jetzt als kantonale Steuer anfällt. Die Zürcher Kantonalbank hat 2024 einen Konzerngewinn – Sie haben es gehört – vor Steuern von fast 1,3 Milliarden Franken erzielt. Der Kanton und die Gemeinden partizipieren

mit einem Rekordwert in der Höhe von 562 Millionen Franken am Erfolg ihrer Bank. Dazu kommen noch 140 Millionen Franken für die Erbringung des gesetzlichen Leistungsauftrags. Das langjährige kontinuierliche Wachstum unseres Konzerngewinns ist das Ergebnis unserer Strategie als Universalbank mit komplementären Ertragspfeilern. Ein letztes Jahr tieferes Ergebnis im Zinsertrag wurde vom starken Anlagegeschäft kompensiert. Der Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft legte im Vorjahresvergleich um 8,9 Prozent zu und übertraf erstmals die Milliardenmarke, auch dank eines erneut beachtlichen und breit abgestützten Netto-Neugeldzuflusses von fast 30 Milliarden Franken. Diese starke Leistung wurde von über 6600 Mitarbeitenden erbracht. Ich danke an dieser Stelle allen Mitarbeitenden, den Mitgliedern der Generaldirektion sowie den Mitgliedern des Bankrates und des Bankpräsidiums für ihren grossen Einsatz auch im vergangenen Jahr.

Das Ergebnis ist gekoppelt an 1 Million zufriedene Privatpersonen und Firmenkunden, was unsere im letzten Jahr durchgeführte Kundenzufriedenheitsstudie erneut ergeben hat. 2024 durften wir rund 31'000 neue Kundinnen und Kunden dazu gewinnen, unter anderem auch – Stefanie Huber hat es gesagt – durch das kostenlose Alltagsbanking, welches in der Folge von vielen Schweizer Banken ein bisschen mit Murren kopiert wurde. Im letzten Geschäftsjahr haben wir für unsere Kundinnen und Kunden neue Angebote eingeführt, drei Beispiele: Für unser grösstes Firmenkundensegment der kleinen und mittleren Unternehmen haben wir ein neues Beratungsangebot im Bereich Nachhaltigkeit lanciert. Mit dem kostenlosen Eco-Check, einer Unternehmensanalyse, zeigen wir den kleinen und mittelgrossen Unternehmen Verbesserungsmöglichkeiten in den Bereichen Ressourcen, Energie und Klima auf und bieten weiterführende Beratungen und Produkte an. Dieses Angebot stiess auf so grosses Interesse, dass die Beratungskapazität unseres Partners anfänglich nicht ausreichte, um der Nachfrage nachzukommen.

Wir setzen mit substanziel len Investitionen, zweitens, die Modernisierung all unserer Filialen fort. Letztes Jahr wurden die Standorte Kloten und Wallisellen gemäss unserem neuen Konzept eröffnet. Wir erhalten dafür viele positive Rückmeldungen.

Und drittens: Wir bieten unseren Kundinnen und Kunden neu den Handel und die Verwahrung von Kryptowährungen, Bitcoin und Ethereum, an. Das Angebot stösst bei unseren Privatkundinnen und Privatkunden auf grossen Anklang und wird auch von Drittbanken genutzt. Wir sind also einem klaren Kundenbedürfnis nachgekommen und haben damit eine zukunftsfähige Infrastruktur sowie viel Know-how für die Verwahrung und den Handel digitaler Vermögenswerte aufgebaut.

Daneben halten wir auch unseren eigenen Betrieb für die Zukunft fit. Zwei Beispiele hierzu: Die Anpassung an unserem Vergütungssystem haben wir, vor einem Jahr angekündigt, abgeschlossen. Per 1. Januar 2024 wurden für alle Mitarbeitenden der Anteil der variablen Vergütung reduziert und die Grundsaläre auf ein marktgerechtes Niveau angepasst. Für den CEO und die Mitglieder der Generaldirektion wurde zusätzlich die individuelle Gesamtvergütung auf dem Niveau von 2022 plafoniert. Ebenfalls wurde der mehrjährige Rückbehalt der variablen Vergütung für den CEO, die Mitglieder der Generaldirektion und das höhere Management neu ausgestaltet und noch stärker auf den nachhaltigen Erfolg der Zürcher Kantonalbank ausgerichtet. Zweitens: Uns ist die weitere Stärkung der Sicherheit wichtig. 2024 hat die Zürcher Kantonalbank eine weitere Bail-in-Fremdkapitalanleihe von 300 Millionen Franken platziert, die fünfte seit 2023, mit nunmehr einem Gesamtvolumen von 1,8 Milliarden Franken. Nicht nur denjenigen unter Ihnen, die eine Finanzierung der Bank durch andere Kapitalgeber als den Kanton fordern, dürfte dies entgegenkommen, entspricht doch das Bail-in-Kapital heute drei Viertel des vom Kanton gestellten Eigenkapitals. Damit erfüllen wir die regulatorischen Eigenmittelanforderungen für 2026 bereits jetzt. Das ist ein wichtiges Zeichen an unsere Kundinnen und Kunden sowie an unsere Eigentümer. An unserer gemäss ZKB-Gesetz auf Kontinuität ausgerichteten Unternehmensstrategie halten wir auch im gegenwärtigen Marktumfeld unverändert fest. Wir wollen unsere Führungsposition im Wirtschaftsraum Zürich in unserem Kernsegment Privatkunden und KMU weiter ausbauen, unsere nationale Position in ausgewählten Segmenten stärken und international Chancen wahrnehmen.

Die AWU hat als diesjähriges Schwerpunktthema im Geschäftsbericht das Auslandsgeschäft der Zürcher Kantonalbank gewählt, was wir auf 27 Seiten breit dargestellt haben. Der amerikanische Präsident (*Donald Trump*) – einmal mehr muss er hier herhalten – hat uns allen mit seinem «*Liberation Day*» (*Ankündigung von weltweiten Strafzöllen*) vor bald zwei Monaten sehr deutlich vor Augen geführt, welche Konsequenzen sein mercantilistischer Eingriff in die globale Wirtschaft insbesondere auch für die Schweiz haben könnte. Unser Land und der Kanton Zürich als sein Wirtschaftsmotor sind in hohem Masse mit der Weltwirtschaft verflochten, was unseren hohen Wohlstand gebildet hat und bisher sichert. Das Auslandsgeschäft der Zürcher Kantonalbank hat den Zweck und die Verantwortung, Zürcher und Schweizer Unternehmen und Bevölkerung genau für diese Aktivitäten auf dem Globus eine verlässliche Partnerin zu sein. Zu dieser Verantwortung gehört auch, dass die volkswirtschaftliche Grösse von Kanton und Bank im Einklang

wachsen. Über die letzten 25 Jahre blieb das Verhältnis zwischen den risikogewichteten Aktiven unserer Bank und dem BIP (*Bruttoinlandsprodukt*) des Kantons dann auch stabil.

Zum Schluss ist mir wichtig, Sie über eine wesentliche Entscheidung des Bankrates aus diesem Jahr zu informieren. Wir wollen unser Leistungsversprechen der nahen Bank bei unseren Privatkundinnen und -kunden noch konsequenter einlösen. Mit der neuen Geschäftseinheit Privatkunden wollen wir unsere schon heute führende Stellung im Kanton Zürich weiter ausbauen. In unseren 51 Filialen und mittels aller digitalen Kanäle fokussieren wir hierbei auf unser gesetzlich verankertes Kerngeschäft. In einer Woche wird die neu gewählte Generaldirektorin Susanne Thellung zu uns stoßen und, aufbauend auf die seit einem Jahr laufenden Vorarbeiten, ab 1. November diesen neuen Geschäftsbereich führen. Allein diese Geschäftseinheit wird bezüglich Mitarbeitender grösser sein als die meisten Kantonalbanken in der Schweiz.

Ich danke der AWU für die konstruktive und zielführende Zusammenarbeit. Ebenso danke ich der Geschäftsleitung des Kantonsrates und dem ganzen Kantonsrat für Ihre Unterstützung unserer Bank. Sie haben im vergangenen Jahr zwei neue Mitglieder in den Bankrat gewählt, York-Peter Meyer und Kristine Schulze, sie sitzen auf der Empore. Zudem haben Sie im letzten Jahr eine Anfrage weniger zur Zürcher Kantonalbank eingereicht als im Vorjahr. Ich werte dies nicht als statistischen Ausreisser, sondern als Anerkennung für unsere Kommunikationsarbeit. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie, den Anträgen der AWU zu folgen.

André Bender (SVP, Oberengstringen): Die Kommissionspräsidentin hat die wichtigsten Eckdaten erwähnt, entsprechend verzichte ich auf die bekannten Zahlen. Die Zürcher Kantonalbank blinkt erneut auf ein Rekordgeschäftsjahr zurück, liegt doch der Konzerngewinn vor Steuern 3,5 Prozent höher als 2023 und damit erneut über der Milliardengrenze. Das Allzeitrekordjahr bleibt aber 2023, wurde doch dort wegen des aussergewöhnlichen Ergebnisses zur Stärkung der Eigenmittelreserven für allgemeine Bankrisiken in der Höhe von 225 Millionen Franken gebildet.

Die ZKB stützt ihr Geschäftsmodell bekanntlich auf ihre drei Ertragspfeiler ab, nämlich das Zinsen-, das Kommissions- und das Handelsgeschäft. Die Bank bleibt finanziell robust und erfüllt ihren öffentlichen Auftrag, muss sich aber steigenden Kosten beim Personal, plus 3,7 Prozent, IT-Kosten, plus 13 Millionen Franken, regulatorischen Herausforderungen, unter anderem die OECD-Steuer, und vielen Nachhaltigkeitszielen stellen. Die digitale Expansion, Crypto, kostenloses Banking und das Wachstum im Asset Management stärken ihre Position, während das Zingeschäft an Dynamik verliert.

Urs Baumann als CEO und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben auch im Geschäftsjahr 2024 vieles richtig gemacht. Das sehr gute Ergebnis verdient Anerkennung von uns allen. Und dass so eine gute Performance nicht selbstverständlich ist, sieht man unter anderem bei einer ehemaligen systemrelevanten Schweizer Bank (*gemeint ist die Credit Suisse*). Ange-sichts dieses erneut sehr erfreulichen Ergebnisses im Geschäftsjahr 2024 bedanke ich mich auch dieses Jahr wieder als Gemeindepräsident im Namen aller politischen Gemeinden im Kanton Zürich über die 170 Millionen Franken Gewinnausschüttung. Unter Würdigung der wirtschaftlichen Lage der ZKB per 31. Dezember 2024 bestehen nach Einschätzungen der Revisionsstelle keine Hinweise, die auf eine Inanspruchnahme der Staatsgarantie schliessen lassen würden. Der Dank für diese gute Arbeit trotz immer mehr regulatorischer Vorgaben der FIMNA geht daher an alle Angestellten der ZKB sowie an die Geschäftsleitung, das Bankpräsidium und die Bankräti-nen und Bankräten.

Die Digitalisierung bietet viele Vorteile, wie Effizienzsteigerung und bessere Kundenerfahrung, birgt aber auch erhebliche Risiken. Neben möglichen Cy-ber-Angriffen könnten sensible Kundendaten gestohlen oder missbraucht werden. IT-Störungen oder Serverabstürze können Transaktionen lahmlegen, die Abhängigkeit von externen Mitarbeitenden und Software-Sicher-heitslücken schaffen. Die ZKB ist gut beraten, in die IT-Sicherheit auch zu-künftig genug Aufmerksamkeit und Ressourcen zu investieren.

Aber gibt es auch negative Aspekte beziehungsweise Risiko aus Sicht unse-rer Fraktion? Kritisch zu hinterfragen ist die Vergrösserung der Kundenge-biete in die französische Schweiz und nach Deutschland. Dass eine breitere Abdeckung mehr Sicherheit bringt, ist selbstverständlich ein Vorteil. Aber nach wie vor ist der Versorgungsauftrag der Zürcher Bevölkerung an erste Stelle zu setzen. Ob dieser Ausbau dem Slogan «Die nahe Bank» entspricht, lasse ich hier so stehen. Bezüglich des Vergütungsmodells ist die SVP/EDU-Fraktion nach wie vor sehr kritisch eingestellt. Das Verhältnis von Lohn und Gewinnanteilen bei den Mitarbeitenden wurde angepasst, womit die Sicher-heit der jährlichen Lohnauszahlung punkto Höhe gestiegen ist. Es wurde dadurch eine Höhe erreicht, die doch einen deutlichen Sprung in den Vergü-tungen ergeben hat. Die ZKB-Verantwortlichen sollten insbesondere bei der Geschäftsleitung die sehr hohen Saläre bescheidener ausgestalten, sodass die Fixlöhne mit den variablen Vergütungen auf dem Boden einer Bank des Vol-kes bleiben. Ansonsten könnte es passieren, dass die Eigentümervertreter ihnen die Rahmenbedingungen vorgeben werden.

Das Fundament der Geschäftstätigkeit der Zürcher Kantonalbank bildet der Leistungsauftrag. Dieser besteht aus dem Versorgungs-, dem Unterstüt-zungs- und dem Nachhaltigkeitsauftrag. In unserer Fraktion gibt es zum

Nachhaltigkeitsbericht Unverständnis, wir wünschen uns zukünftig, dass die ZKB bei den Kapiteln den Mitarbeitenden – fünf Seiten – und den wirtschaftlichen Themen – acht Seiten – mindestens eine gleich grosse Bedeutung wie der Umwelt – 23 Seiten – einräumen würde, denn letzten Endes sind diese beiden Kreise entscheidend, ob unsere Bank Erfolg hat oder nicht. Die Zürcher Kantonalbank ist für die Zürcher Bevölkerung ein universelles Bankinstitut und nicht ein NGO (*Nichtregierungsorganisation*) im Bereich Umwelt.

Die SVP/EDU-Fraktion wird dem Geschäftsbericht und der Entlastung der Bankorgane zustimmen. Wir danken nochmals allen Beteiligten, welche zum guten Geschäftserfolg der ZKB beigetragen haben, und für die umsichtige Führung der Geschäftspolitik zugunsten der Bevölkerung des Kantons Zürich. Besten Dank.

Roland Kappeler (SP, Winterthur): Zum dritten Mal darf ich im Namen der SP den Geschäftsbericht der ZKB würdigen, und zum dritten Mal in Folge erzielte die ZKB einen Konzerngewinn von über 1 Milliarde Franken. Zufall? Auch wenn diese Korrelation natürlich keine Kausalität impliziert, ist es für mich eine leichte Aufgabe, das Geschäftsjahr 2024 mit diesem Fast-Rekordergebnis von knapp 1,3 Milliarden Franken Gewinn zu würdigen. Auch im Jahr 2024 war das Umfeld für eine Universalbank in der Schweiz nicht übermäßig herausfordernd. Das Zinsgeschäft, das wichtigste Standbein der ZKB, hat sich trotz erneuten Zinssenkungen der SNB gut eingespielt. Stabile, wenig volatile Börsen haben zwar das Handelsgeschäft etwas gedämpft, das wird dieses Jahr sicher anders aussehen, aber die Schweiz zog und zieht weiterhin Kapital an. Bankdienstleistungen waren und sind also sehr gefragt, und last but not least suchen immer noch viele ehemalige CS-Kundinnen und -Kunden eine neue Hausbank. Trotzdem ist der ZKB das zweitbeste Resultat ihrer Geschichte nicht einfach in den Schoss gefallen. Sie leistete dafür täglich harte und seriöse Arbeit, hat im Wirtschaftsraum Zürich weiterhin Marktanteile gewonnen und mit dem kostenlosen ZKB-Banking einen konsumentenfreundlichen Standard gesetzt, der die Konkurrenz im Retail-Banking unter Druck setzt und immer mehr Nachahmer findet. Sie weist weiterhin beste Eigenkapital- und Liquiditätszahlen aus, hat das Aufwand-Ertrags-Verhältnis auf tiefem Niveau im Griff, verfolgt eine stetige, risikokonservative Strategie, führt parallel dazu aber auch Neuerungen, wie Kryptowährungen und den Digital Asset Cup, ein, wir haben es von Stefanie Huber gehört.

Auch geografisch schaut die ZKB aufmerksam über den Zürcher und Schweizer Tellerrand hinaus, was im AWU-Schwerpunkt-Kapitel «Auslandsgeschäft» sehr schön zum Ausdruck kommt. «Auslandsgeschäft» heisst dabei

nicht uferloses Wachstum. Sie verkaufte Anfang 2025 zum Beispiel die Tochter in Österreich und sie pflegt seit jeher im Ausland vor allem Geschäfte, welche die Bilanz nicht belasten und durch die Diversifikation das Gesamtrisiko der Bank eher senken. An dieser Stelle muss ich der SVP zum ersten Mal widersprechen. Jörg Müller-Ganz hat es erklärt und Andre Bender hat ausdrücklich den Versorgungsauftrag der Zürcher Bevölkerung erwähnt. Ja, die ZKB erbringt im Ausland vor allem Dienstleistungen für Auslandschweizer und Auslandschweizerinnen, begleitet das Zürcher Gewerbe im Exportgeschäft, sie nimmt Wachstumsschritte dort vor, insbesondere – auch das hat André Bender erwähnt – im Private Banking in Deutschland mit der vereinfachten Freistellung und im Asset Management via Swisscanto. Beides sind aber Bereiche, die die Risiken nicht erhöhen, weil sie die Bilanz nicht belasten. Insgesamt wird der Risikoanteil des Auslandsgeschäfts auf circa 10 Prozent geschätzt, das ist für die zweitgrösste Bank einer kleinen, offenen Volkswirtschaft, die mindestens ein Drittel ihres Wohlstandes im Ausland verdient, wirklich nicht übertrieben. Zitat des Chief Risk Officers (*Hjalmar Schröder*) aus dem Geschäftsbericht: «Aus unserem Auslandsgeschäft resultiert eine risikoreduzierende Diversifikation.»

Deshalb, bei all diesen Zahlen, gratuliert die SP zum schönen Erfolg und dankt in erster Linie den gut 6000 Mitarbeitenden der ZKB für ihre zuverlässige, engagierte, alltägliche Arbeit. Unser Dank gilt aber auch dem Management für seine weitsichtige strategische Führung, dem Bankrat für die verantwortungsvolle Aufsicht und allen, mit denen wir zu tun hatten, für die gute und offene Zusammenarbeit. Auf Details aus dem Geschäftsbericht verzichte ich. Sie haben ihn alle erhalten, stattliche zwei Broschüren im Schuber (*der Votant zeigt die beiden Bücher*). Die Würdigung konnten Sie im Antrag der AWU nachlesen und, falls Sie nicht gut zugehört haben, zu Hause im Votum von Stefanie Huber nachhören.

Hingegen sage ich etwas zum Nachhaltigkeitsbericht, dem kleineren der zwei Berichte, der erstmals separat und in dieser Ausführlichkeit erscheint. Er wird vom Gesetz neu ausdrücklich gefordert und umfasst alle nicht finanziellen Belange. Der bisherige Klimabericht ist integriert, daher, lieber André Bender, erstaunt auch die grössere Seitenanzahl für den Umweltbereich wohl nicht. Nachhaltigkeit umfasst ökonomische, ökologische und soziale Aspekte. Die Struktur, die Ausführlichkeit und die Faktengrundlagen dieses Berichts überzeugen mich sehr. Sie bilden das Commitment der ZKB zur Nachhaltigkeit ab, das nicht erst seit 2024 in der Konzernstrategie verankert ist. Über die Zielerreichung, insbesondere im Klimabereich, kann und muss diskutiert werden, mehr dazu später auch noch von meinem Fraktionskollegen. Aber das Reporting – um das geht es – über Ziele, Massnahmen und Datenbasis, das kann sich wahrlich sehen lassen. Deshalb ein zweiter

Widerspruch gegen die SVP-Meinung, dass der Bericht – und Sie meinen ja wahrscheinlich auch das Nachhaltigkeitsanliegen insgesamt – zu ausführlich sei: Ja, gegen zu dicke Berichte gibt es ein Mittel, die ZKB könnte zum Beispiel bei Swatch (*Schweizer Uhrenfirma*) nachfragen. Das ist der Geschäftsbericht der Swatch, gleich dick, aber wesentlich kleiner, allerdings mit mitgelieferter Lupe (*der Votant zeigt den Mini-Geschäftsbericht*). Wenn ich aber das Verhältnis des finanziellen Berichts zum Nachhaltigkeitsbericht anschaue, dann hat der Nachhaltigkeitsbericht bei Swatch zwei Drittel der Dicke und des Umfangs, bei der ZKB ist es nur ein Drittel. Inhaltlich muss man ganz klar festhalten, dass die Bedeutung von Nachhaltigkeit gerade auch im ökologischen Umweltbereich, dass diese Bedeutung gemäss allen Expertinnen/Experten in Managementausbildungen von St. Gallen bis Harvard zunehmen wird, auch wenn der amtierende US-Präsident das vorübergehend etwas anders sieht.

Nun noch ein paar Gedanken zum Leistungsauftrag, der als USP (*Alleinstellungsmerkmal*) der ZKB im Gesetz verankert und auf den ersten Seiten im Geschäftsbericht erklärt ist und dessen Erfüllung oder die Prüfung der Erfüllung die Kernaufgabe der AWU darstellt. Das Instrumentarium zur Überprüfung wurde neu konzipiert und auf das Jahr 2030 ausgerichtet, das können Sie im AWU-Bericht nachlesen. Die aktuelle Zielerreichung ist mit 21 von 24 Messgrössen, die auf Grün gestellt sind, zwar verdächtig hoch, aber die AWU kann auf Basis einiger Austausche mit den Verantwortlichen und auf Basis des vertraulichen Berichts, den wir über die detaillierten Messgrössen haben, bestätigen, dass sich der Bankrat, der den Leistungsauftrag 2030 abgesegnet hat, die Aufgabe nicht zu einfach gemacht hat. Ich gehe nur selektiv auf ein paar Einzelaspekte ein, wo die ZKB aus SP-Sicht noch etwas Luft nach oben hat: Im Versorgungsauftrag sticht das kostenlose Alltagsbanking sicher positiv heraus, am Filialnetz – immer mehr Filialen nach neuem Konzept – und am digitalen Zugang gibt es nichts zu rütteln. Schon letztes Jahr erwähnte ich hingegen, dass wir uns bei der Verzinsung von privaten Sparkonti eine Spaltenposition und nicht nur guten Durchschnitt wünschen würden, auch wenn wir wissen, dass die ZKB gegen die Zinserosion, die durch die Finanzmärkte und die Nationalbank verursacht und beschleunigt wird, mit allen Kollateralschäden für Sparerinnen und Sparer, Pensionskassen und den Immobilienmarkt, dass die ZKB da natürlich machtlos ist. (*Der Ratspräsident unterbricht den Votanten.*)

Ratspräsident Beat Habegger: Herr Kappeler, Ihre Redezeit ist um, kommen Sie bitte zum Schluss.

Roland Kappeler fährt fort: Damit überspringe ich den Unterstützungsauftrag. Zum Nachhaltigkeitsauftrag spricht nachher mein Fraktionskollege. Wir danken der ZKB und unterstützen alle Anträge der AWU.

Astrid Furrer (FDP, Wädenswil): Ja, wir haben es gesehen – auch am Votum von Roland Kappeler –, wir konnten in sehr viele Bereiche der Bank Einsicht nehmen, und ich danke der Bank für die gute Zusammenarbeit und ihren Effort, uns die Fragen stets offen zu beantworten. Es sind viele Themen und deshalb kann man jeweils auch nur ein paar Schwerpunkte herauspicken, die für die Fraktion wichtig sind.

Ich fange mit den neuen Ausschüttungen an, den Partizipationen, wie sie jetzt neu heissen: Die Zürcher Kantonalbank möchte für die Planungssicherheit von allen, den Kantonen und Gemeinden, stabile Erträge aus Dividenden oder aus den Gewinnen ausschütten. Dies schafft sie auch mit der neuen OECD-Mindeststeuer, die 2024 das erste Mal fällig wurde, sie wird mit den bisherigen Ausschüttungen verrechnet. Und damit keine Verwechslungen aufkommen, heisst es nun nicht mehr «Dividenden», sondern «Partizipation», ein Zungenbrecher.

Das Geschäftsjahr war äusserst erfolgreich, es ist das zweitbeste in der Geschichte, wir haben es gehört. Der Erfolg ist sehr beeindruckend und wir gratulieren ganz herzlich. Laut Bankratspräsidium gibt es ein bisschen eine Gewinnwarnung, es sagt, die Zeit der Rekordjahre sei vorbei. Laut ZKB ist die Strategie der Diversifikation erfolgreich. Das Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft soll zulasten des Zinsgeschäfts gestärkt werden. Diese Diversifikation hat die Bank bereits 1991 begonnen, und seither steigen die Gewinne kontinuierlich. Wenn man nun die Prozentsätze dieser drei Säulen der Bank ansieht, dann ist es manchmal schwierig, den Erfolg dieser Strategie direkt beziehungsweise an einem sinkenden Anteil des Zinserfolgs am Gesamtgewinn zu erkennen. Der Grund dafür ist, dass die Bank die Zinserträge nicht alleine beeinflussen kann, sondern sehr stark externen Entwicklungen unterliegt, den Leitzinsen zum Beispiel. Und wenn die Schweizerische Nationalbank die Mindestreserveanforderungen erhöht, so wie im letzten Geschäftsjahr, ohne die Zinsen auch zu verändern, dann sinken für die Banken die Zinsmargen und für die Kunden wird es auch teurer. Und wenn die anderen Ertragsquellen, also Handelsgeschäft oder Anlagegeschäft, sehr gut laufen, dann verringert sich der Anteil des Zinsgeschäfts am Gesamtergebnis automatisch. Wir erinnern an das Corona-Jahr (*Covid-19-Pandemie*) 2020, der Zinsanteil am Erfolg war mit 34 Prozent rekordtief. Die Erträge aus Handel und Anlagegeschäft hingegen stiegen damals sehr deutlich, es gibt also viele externe Effekte.

Die Bank ist nun sehr zufrieden mit ihrer Strategie, und der Geschäftserfolg gibt ihr recht. Der Erfolg fällt ihr aber nicht in den Schoss. Im Jahr 2024 hat das Anlagegeschäft erstmals die Milliardengrenze überschritten, ein grosser Meilenstein. Das Handelsgeschäft blieb unter dem langjährigen Durchschnitt. Die ZKB betreibt keinen Eigenhandel, sondern bearbeitet Kundenaufträge etwa im Devisen- oder Derivatehandel. Wenn Zinsentscheidungen nun die Märkte nicht überraschen und Investoren nicht verunsichern, wird weniger gehandelt, wodurch die Einnahmen sinken. Die Schweizerische Nationalbank handelte zum Beispiel vorhersehbar, als die Leitzinsen 2024 erneut sanken. Die Märkte waren darauf gefasst und es gab keine Überaktivität. Der Lust zum Handel wurde auch durch wirtschaftliche Unsicherheiten und globale Handelskonflikte negativ beeinflusst. Im Private Banking sieht die ZKB sehr grosses Potenzial. Die Bank hat ja im Kanton Zürich eigentlich fast überall einen Marktanteil von 50 Prozent plus, jedoch nicht im Private Banking. Im letzten Jahr hat sie an ihrer Strategie gearbeitet. Sie wird nun dieses Jahr 2025 umgesetzt, mit dem Ziel zu wachsen. Wir werden sehen, wie sich dies entwickelt, wir sind zuversichtlich. Das Geschäftsvolumen wächst in allen Bereichen kontinuierlich, da immer mehr Kunden zur Bank kommen. Auch die Kundenvermögen steigen durch eine gute Marktperformance. Die ZKB verdient Lob für ihre starke Leistung in allen Bereichen. Das Ziel der ZKB ist es, das Risikokapital vorab in der Schweiz zu halten und zu stärken. Wir haben es gehört, momentan wird 90 Prozent in der Schweiz erwirtschaftet und 10 Prozent im Ausland. Die FDP unterstützt diese Strategie. Nur in Deutschland wird der Markt aktiv bearbeitet. Die AWU hat sich über das Auslandsgeschäft der ZKB informiert, es wurde jetzt schon ein paar Mal darüber geredet, ich werde das nicht allzu vertieft ausführen. Wichtig: Es dient vor allem Schweizer Privatkunden und noch mehr den Schweizer Unternehmen, die im Ausland ihre Geschäftsbeziehungen haben. Die Staatsgarantie gilt übrigens auch für das Geld von Ausländern, das im Bilanzgeschäft liegt.

Cyber-Risiken stellen eine grosse Bedrohung für alle Unternehmen dar, auch für Banken. Die AWU beschäftigte sich im vorhergehenden Geschäftsjahr 2023 intensiv damit. Im Jahr 2024 gab es nun einige Vorfälle, über die auch in den Medien berichtet wurde. Die AWU wurde über die Ursachen und die Lösungen des Problems informiert. Uns ist bewusst, dass die IT immer komplexer wird und neue Technologien, wie zum Beispiel auch künstliche Intelligenz, sowohl Vorteile als auch Risiken mit sich bringen. Wir vertrauen darauf, dass es keine weiteren Vorfälle gibt und dass die Bank gut gegen Angriffe geschützt bleibt.

Das Thema «Blockchain» ist ebenfalls wichtig, da es im Bankensektor eine Rolle beim Handel mit Wertpapieren, Fonds und im Zahlungsverkehr spielt.

Daher baut die ZKB diesen Bereich auf und bietet ihren Kunden als Zusatzgeschäft Dienstleistungen im Umgang mit Kryptowährungen an, handelt aber nicht selber aktiv. Es ist richtig und wichtig, im Bereich Blockchain Expertise zu entwickeln.

Warum die Bilanzsumme stark angestiegen ist, hat die ZKB erklärt, nämlich wegen der immer höheren Anforderungen der FINMA an die Liquidität. Vor 14 Jahren waren 1,5 Prozent der Bilanz liquide Mittel, heute besteht ein Viertel der Bilanz aus flüssigen Mitteln. Diese FINMA-Vorgaben schwächen die Schweizer Banken im internationalen Vergleich. Volkswirtschaftlich gesehen, ist dies jedoch eine wichtige Absicherung für die Wirtschaft und für die Bevölkerung im Falle eines Bank Runs. Die FINMA bestätigte, dass die Bank nun genügend Kapital besitzt, das im Falle einer Krise die Verluste absorbieren kann, bevor Einleger betroffen sind. Der Plan lag schon lange vor, war von der FINMA auch immer akzeptiert. Doch erst 2023 wurden entsprechende Finanzinstrumente geschaffen, um ihn umzusetzen, was die Bank nun sehr erfolgreich geschafft hat.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Unsere Bank ist sehr gesund, sie erfüllt alle regulatorischen Anforderungen und kommt ihren gesetzlichen Aufgaben nach. Die FDP unterstützt alle Anträge der AWU. Insbesondere entlastet sie die Bankorgane für das Geschäftsjahr 2024. Wir danken dem Bankpräsidium, dem Bankrat, der Generaldirektion und allen Mitarbeitenden für die verantwortungsvolle und ausgezeichnete Führung der Bank. Wenn es der Bank gut geht, geht es auch dem Kanton Zürich gut.

Stephan Hegetschweiler (GLP, Zürich): Letzte Woche hat die ZKB den Pioneerpreis Technopark vergeben. Während die 25. Ausgabe davon zeugt, dass die ZKB für langfristiges Engagement steht, sind die Gewinnerunternehmen jeweils ganz nah am Puls von Technik und gesellschaftlichen Fragestellungen. Der Abend stand unter dem Motto «Risikofreude», ein Thema, das auch die ZKB als Staatsbank ganz besonders begleitet. Wir begrüssen es, dass die ZKB immer wieder bereit ist, neue Wege zu gehen, wir denken hier an das kostenlose Alltagsbanking, Nachhaltigkeitsstandards oder eben Start-up-Förderung. Die erfolgreiche Geschichte der ZKB ohne auch nur ein einziges Jahr im Minus zeigt aber, dass die Bank der Zürcherinnen und Zürcher bei all ihren Unternehmen das Risiko für den eigenen Kanton Zürich im Auge behält. Das zeigen auch die Ausführungen der AWU-Präsidentin zum Schwerpunkt Auslandsgeschäft oder Asset Management. Letzteres ein Thema, das viele vielleicht nicht so ganz einordnen können, was aber eben für die Risikodiversifikation und die Gewinnhöhe positiv ist.

Wir haben es gehört, die ZKB unterstützt Start-ups, die bezüglich Digitalisierung, KI (*Künstliche Intelligenz*) und IT ganz vorne mitmischen. Sie selbst

hatte bei diesen Themen in den letzten Jahren etwas mehr zu kämpfen, zumindest von dem her, was man in der Öffentlichkeit davon erfährt. Auch wenn die verschiedenen Missgeschicke der letzten ein, zwei Jahre am Schluss ohne grösseren Schaden geklärt werden konnten, bleibt ausserhalb der Bank ein gewisses Unbehagen zurück. Wir haben noch nicht gehört, welche Lehren die ZKB aus diesen Pannen gezogen hat. Wir hoffen, dass die ZKB dies entsprechend ernst nimmt, damit wir auf unsere ZKB-IT «Made in Kreis 5» stolz sein können. Wir sind gefordert, in den nächsten Jahren die Kompetenzen in diesem Bereich zu stärken. Wir als Kantonsrat können hier bei der Bestellung der Bankrätiinnen und Bankräte wirken, der Bankrat wiederum bei der Bestellung der GL-Mitglieder und so weiter. Ein Augenmerk sollte die AWU dabei auch auf die Schnittstellen mit Externen haben, ohne die es zwar nicht geht, die aber von der ZKB mit starker Qualitätssicherung eingebunden werden müssen. Von verschiedenen Seiten wird nun auch eine Lösung für das Klumpenrisiko Cloud – zudem aus Nordamerika – angesprochen. Hier ist die ZKB mit anderen Playern zusammen ebenfalls gefordert. Wie die AWU-Präsidentin ausgeführt hat, wurde in der ZKB der Leistungsauftrag neu strukturiert und die quantitative Messung neu kalibriert. Wir schätzen diese Efforts und auch die bereits erwähnten Leuchttürme. Die ZKB macht viel und vieles gut. Wie vorhin erwähnt, lässt sie auch neue Ideen zu. Wenn aber die Leistung unter anderem mit Leuchttürmen schon am Anfang der neuen Leistungsauftragsmessung quasi wieder erreicht und vorgespart ist, dann taucht von aussen die Frage auf, ob die ZKB zumindest gegen aussen eher etwas auf der gar sicheren Seite sein will. Man könnte hier ableSEN, dass man für die nächsten Jahre genug getan hat. Das wäre schade, es sind doch sicher von den Mitarbeitenden bis zum Bankrat immer wieder gute Ideen vorhanden.

In dem Sinne danken wir für die guten Ideen ebenso wie für den alltäglichen Effort, welchen die Mitarbeitenden und die Organe der Bank leisten. Die GLP wird den Anträgen der AWU folgen.

Ratspräsident Beat Habegger: Die Parlamentsdienste haben uns letzte Woche darüber informiert, dass der Kantonsrat, wie die ganze kantonale Verwaltung, künftig auf die neue HR-Einstiegsplattform (*Human Ressources*) mit dem schönen Namen «Work Zone» zugreifen kann. Dort können Sie dann in Zukunft Ihre persönlichen Daten einsehen und auch die Lohnabrechnungen anschauen und die Lohnausweise. Und falls Sie dazu Fragen haben, stehen Ihnen heute Morgen, wie angekündigt, im Fraktionszimmer der FDP Spezialisten zur Verfügung, die Ihnen helfen, auf diese Plattform zu gelangen. Also wenn Sie es noch nicht geschafft haben, können Sie sich dort heute Morgen Hilfe holen.

Beat Bloch (CSP, Zürich): Nach diesem kleinen Werbespot durch den Kantonsratspräsidenten habe ich natürlich jetzt wieder die volle Aufmerksamkeit, nachdem durch die Voten meiner Vorredner doch ein wenig Schläfrigkeit in diesen Rat gekommen ist. Die ZKB hat auch in den vergangenen Geschäftsjahren ein gutes Resultat erzielt und dem Kanton und den Gemeinden einen erheblichen Teil des Gewinns ausgeschüttet. Die genauen Zahlen dazu wurden von der Präsidentin der AWU bereits bekanntgegeben und müssen von mir nicht mehr wiederholt werden. Auch die Kennzahlen der Bank sind gut, und die regulatorischen Anforderungen der FINMA werden alle übererfüllt. Ebenso sind im Revisionsbericht keinerlei Hinweise zu finden, welche darauf hindeuten würden, dass aufsichtsrechtliche Bestimmungen nicht eingehalten worden sind. Und auch der Spezialbericht zur Inanspruchnahme der Staatsgarantie lässt keinen Zweifel daran, dass die Staatsgarantie einstweilen nicht in Anspruch genommen werden muss. Die ZKB ist also gut aufgestellt, erfüllt alle regulatorischen Bedingungen und erzielt ein gutes Resultat, von dem Kanton und Gemeinden profitieren.

Die ZKB bekennt sich in den Segmenten Private Banking, Asset Management und Firmenkundengeschäft zum Wachstum. In diesen Bereichen will sie also in Zukunft mehr Gewinn erzielen. Im Private Banking stösst das Angebot der ZKB nach Aussagen der Bank auch ausserhalb des Kantons auf grosse Nachfrage. Das Wachstum in diesem Bereich ist unserer Ansicht nach nicht risikofrei. Aufgrund der schwierigen geopolitischen Situation ist viel Geld auf dem Markt, das sichere Plätze sucht. Die ZKB tut gut daran, hier genau hinzuschauen, woher das Geld kommt, wer daran wirklich wirtschaftlich berechtigt ist und wie dieses Geld erwirtschaftet wurde. Die entsprechenden Vorschriften dafür sind beispielsweise im Geldwäschereigesetz gegeben, es braucht hier aber ein besonderes Augenmerk der Bank. Im Asset Management sehen wir die Risiken als bewältigbar, dies hat auch die letzjährige Visitation in diesem Bereich aufgezeigt. Auch beim Firmenkunden geschäft ist Vorsicht angezeigt. Durch das Wegfallen der CS ist die ZKB eine begehrte Bank geworden. «Know your customer» ist hier die Devise und nicht Gewinnmaximierung um jeden Preis.

Im letzten Jahr wurde bei der Bank das neue Vergütungssystem eingeführt. Wir haben von Anfang an dieses neue System begrüßt. Der Anteil der variablen Lohnanteile wurde gesenkt. Wir wissen alle, variable Anteile sind immer ein Risikotreiber, insbesondere wenn diese variablen Anteile vom Gewinn abhängig gemacht werden. Von daher geht die Entlohnung nach Ansicht unserer Fraktion in die richtige Richtung.

Seit dem 1. Januar 2024 gelten bei der ZKB die nachhaltigkeitsbezogenen Erweiterungen des Kantonalbankgesetzes. Die ZKB ist neu verpflichtet, die

Treibhausgasneutralität zu fördern und einen aktiven Beitrag zur Erreichung der kantonalen Klimaziele zu leisten, insbesondere bei energetischen Gebäudesanierungen. Die ZKB hat im Nachhaltigkeitsbericht ausführlich über ihr diesbezügliches Engagement Rechenschaft abgelegt. Hier gilt es zu bemerken, dass im Asset Management mit rund 25 Prozent der verwalteten Vermögen, die sich zum 1,5-Grad-Klimaziel bekennen, noch Luft nach oben besteht. Ob die Begleitung der Kundinnen und Kunden auf deren Weg in Richtung netto Null reicht, um die angestrebten Ziele zu erreichen, wird sich in Zukunft weisen müssen. Wir sind hier skeptisch und fordern die ZKB auf, entsprechende Anstrengungen zu unternehmen. Wir anerkennen aber, dass hier erste Bestrebungen eingeleitet wurden. Aber auch hier muss noch mehr gehen, denn die Klimaziele erreichen sich nicht von selbst. Noch ein Wort zum Nachhaltigkeits-Reporting. Es wurde bereits darüber berichtet, dass die ZKB den Regulatorien des Obligationenrechts nachkommt und nun ausführlich dazu berichtet. Wir zählen nicht Seiten und vergleichen, wer zu was wie viele Seiten geschrieben hat, wir schauen uns die Resultate am Ende an, bei den Mitarbeitern zum Beispiel die Fluktuation, die eben entsprechend tief ist, was darauf schliessen lässt, dass die ZKB zu ihren Mitarbeitern schaut. Und bei der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele im Klimabereich schauen wir uns auch die Ziele an.

Was bleibt, ist, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu danken, die zu diesem Jahresergebnis beigetragen haben. Es braucht alle an Bord, damit es gut kommt. Die Fraktion der Grünen wird Jahresrechnung, Geschäftsbericht und Nachhaltigkeitsbericht genehmigen.

Thomas Anwander (Die Mitte, Winterthur): 2024 war für die ZKB wiederum ein sehr erfreuliches Geschäftsjahr, und entsprechend wurde ein Rekordergebnis erzielt. Das gute Börsenumfeld hat geholfen, den Rückgang im Zinsdifferenzgeschäft durch eine Steigerung des Dienstleistungsertrags auszugleichen. Die ZKB ist eine systemrelevante Bank der Schweiz, und für den Kanton Zürich als Eigentümer ist erfreulich, dass die ZKB alle regulatorischen Anforderungen nicht nur erfüllt, sondern sogar übertrifft. Die ZKB ist eine sichere Bank mit einem Höchst-Rating. Die ZKB ist auch strategisch gut aufgestellt. Nach dem Untergang der Credit Suisse ist die ZKB für die exportorientierten Unternehmen im Wirtschaftsraum Zürich eine der wichtigsten Partnerinnen im Bereich Trade Finance. Die ZKB verfügt über das entsprechende Know-how, dies ist auch ein wichtiger Bestandteil einer übergeordneten Standortförderung. Gerade auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Handelskonflikte mit den USA gewinnen Exportmärkte wie Brasilien, China und Indien an Bedeutung. In diesem Sinne war es eine kluge Entscheidung, in diesen Märkten mit einer Eigenrepräsentanz vertreten zu sein.

Diese Leute vor Ort tragen dazu bei, die Dynamik dieser Märkte besser zu verstehen, und können auch zürcherische Unternehmen unterstützen, neue Absatzgebiete zu erschliessen.

Rückblickend war es auch ein kluger Schachzug, dass die ZKB die Swisscanto erworben hat. Mit der Swisscanto konnte die ZKB nicht nur einen Ausgleich zum traditionellen Zinsgeschäft schaffen, sondern auch eine Möglichkeit, im Ausland mit beschränkten Risiken tätig zu sein. Das Asset Management belastet die Bilanz nicht, schafft aber Wertschöpfung in der Schweiz. Für den Erfolg im Asset Management braucht es aber eine gewisse Grösse, damit Skaleneffekte realisiert werden können. Mit der Distribution von Swisscanto-Fonds im Ausland kann das beschränkte Marktpotenzial in der Schweiz kompensiert werden. Swisscanto hat auch eine gute Marktreputation für Fonds im Bereich nachhaltiger Anlagen. Aufgrund ihrer Nachhaltigkeitspolitik, die erstmals auch in einem umfangreichen Nachhaltigkeitsbericht dokumentiert wurde, hat die ZKB auch eine grosse Glaubwürdigkeit bei diesem Thema und vermeidet die Risiken anderer Asset Manager zum Thema «Greenwashing».

Für den erfolgreichen Betrieb einer Bank ist die Informatik von grosser Bedeutung. Ohne eine funktionierende Informatik können heute keine Bankdienstleistungen erbracht werden. Leider gab es 2024 einige Vorfälle bei der ZKB, die Fragen aufkommen liessen, ob die ZKB die Informatik jederzeit zu 100 Prozent im Griff hat. Erfreulich ist, dass trotz einiger IT-Pannen keine Kunden zu Schaden gekommen sind. Trotzdem bleibt auch aus Sicht der Mitte-Fraktion die Informatik das grösste operative Risiko. Wir erwarten deshalb, dass der Bankrat und die Geschäftsleitung dafür sorgen, dass die Aussage, die ZKB sei eine sichere Bank, auch für das Thema Informatik, inklusive Cyber-Security, gilt. Die Informatik ist aber nicht nur ein operatives Risiko, sondern auch eine strategische Chance. Dank künstlicher Intelligenz sind neue Lösungen und Konzepte im Bankenbereich möglich, die einerseits zu tieferen Kosten, aber auch zu besseren Dienstleistungen führen. Diese Entwicklungen sind rasant. Damit die ZKB nicht den Anschluss verpasst und unter Druck kommt, erwarten wir, dass die ZKB neue innovative Lösungen offen prüft und in den Markt einführt. Mit einer solchen Haltung unterstützt die ZKB nicht nur den Finanzplatz Zürich, sondern schafft auch attraktive Arbeitsplätze. Wie schon letztes Jahr festgestellt, ist die Mitte-Fraktion gerade auch als raumplanerischen Gründen der Ansicht, dass nicht alle diese qualifizierten Stellen in der Stadt Zürich konzentriert sein sollten. Als Bestandteil des Unterstützungsauftrags unterstützt die ZKB viele kulturelle, gemeinnützige und sportliche Aktivitäten im ganzen Kanton Zürich. Dies wird auch von allen sehr geschätzt. Die Forschung im Bereich künstlicher Intelligenz braucht entsprechende finanzielle Mittel. Die Schweiz muss

aufpassen, dass sie da nicht vollkommen vom Ausland abhängig wird. Aus Sicht der Mitte-Fraktion wäre es sehr wünschenswert und ein wichtiger Beitrag zum Forschungsstandort Kanton Zürich, wenn die ZKB eine Professur im Bereich künstlicher Intelligenz im Bereich Finance finanzieren könnte. Die ZHAW wäre da sicher eine geeignete Partnerin. Angesichts der zunehmenden Unsicherheiten im wirtschaftlichen Umfeld, unter anderem auch verursacht durch eine nicht mehr berechenbare Wirtschafts- und Handelspolitik der USA, ist es für die Zürcher Wirtschaft wichtig, dass sie mit der ZKB über einen verlässlichen Partner verfügt. Damit dies so bleibt, braucht es einerseits solide Arbeit und andererseits Bodenhaftung und Kundennähe. Die Mitte-Fraktion dankt allen Mitarbeitenden, der Geschäftsleitung und dem Bankrat für ihre Arbeit und stimmt allen Anträgen zu.

Andrea Grossen-Aerni (EVP, Wetzikon): Wir nehmen dankbar zur Kenntnis, dass die ZKB im Jahr 2024 ausserordentlich gut gewirtschaftet hat. Wir stellen eine Gewinnsteigerung seit der Diversifikation fest. Die Sicherheit für die Kundinnen und Kunden der Bank ist durch die markante Erhöhung des Eigenkapitals um rund 5 Prozent weiter gestiegen. Das hohe Vertrauen in die ZKB zeigt sich unter anderem in der Zunahme der Kundenvermögen, die nur teilweise auf die starke Marktentwicklung zurückzuführen ist. Nach wie vor ist es im Sinne der Eigentümer der Bank, der Zürcher Bevölkerung, dass Kanton und Gemeinden von einem guten Ergebnis profitieren. Im Jahr 2024 sind dies gut 31 Prozent des Jahresgewinns des Stammhauses. Der Rest des Gewinns wird den freiwilligen Reserven zugewiesen, was die Sicherheit der Bank weiter erhöht. Die Zürcherinnen und Zürcher werden unter anderem dafür entschädigt, dass sie die Staatsgarantie mittragen. Trotz einer etwas tieferen Liquidität als im Vorjahr erfüllt die ZKB die Mindestvorschriften bei Weitem. Zudem erreicht sie bereits heute die Eigenmittelanforderungen für systemrelevante Institute, für deren Aufbau sie bis Ende 2026 Zeit gehabt hätte.

Die ZKB ist für den Kanton mehr als ein Finanzinstitut. Sie pflegt aus unserer Sicht eine gesunde Kultur, die sich mehr an den Bedürfnissen der Kunden als an reinen Rentabilitätsüberlegungen orientiert. Die Bancomaten-Dichte, die kostenlose digitale Kontoführung oder das Angebot für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer zeigen dies. Als bereits grösster Sponsor des Kantons und Förderer von unternehmerischen Initiativen mit Start-up-Hilfen unterstützen wir die aktuellen Bemühungen um eine steuerbefreite Philanthropie-Stiftung. Damit kann eine noch breitere Bevölkerungsschicht vom Leistungsauftrag der ZKB profitieren.

Vorweg möchten wir festhalten, dass die EVP den Nachhaltigkeitsbericht als wertvolle Ergänzung zum Geschäftsbericht erachtet. Die darin enthaltenen

Aspekte stehen für das, was dem Eigentümer der ZKB, der Zürcher Bevölkerung, immer wichtiger wird: dass Unternehmen neben ihrer Aufgabe, gewinnbringend zu wirtschaften, auch Verantwortung für Mensch und Umwelt übernehmen. Das sind zwei Bereiche, die sich nicht widersprechen, wie man auf den ersten Blick meinen könnte. Wir sind überzeugt, dass nur wer Mensch und Umwelt beim Wirtschaften berücksichtigt, ein nachhaltiges und gesundes Wachstum des Unternehmens und damit auch des Gewinns erreichen kann. Die Entkoppelung von Gewinnverantwortung und Verantwortung für Mensch, Gesellschaft und Umwelt hat dem Bankenplatz Schweiz langfristig geschadet. Deshalb finden wir den Untertitel «Bericht zu nicht finanziellen Aspekten» nicht passend. Aus unserer Sicht birgt nicht nachhaltiges Wirtschaften sehr wohl finanzielle Risiken, auch wenn diese nicht exakt messbar sind. Im Grunde sind Nachhaltigkeitsberichte eine Offenlegung der tatsächlichen Kosten des Wirtschaftens. Bisher wurden freie Güter wie Luft, Umwelt oder die physische und psychische Gesundheit der Mitarbeitenden mit Null bewertet, die Kosten tragen andere, wie die Menschen, die Umwelt, der Staat. Der Nachhaltigkeitsbericht ordnet solche Kosten besser und sinnvollerweise dem Verursacher zu und überlässt sie nicht der Allgemeinheit. Wir begrüssen die Bestrebungen der ZKB, die Nachhaltigkeit weiter zu fördern und sichtbar zu machen. Die Berichterstattung hilft uns, die Fortschritte zu verfolgen. So können wir auf Lücken oder Mängel hinweisen, aber auch erreichte Ziele würdigen.

Zu unseren thematischen Schwerpunkten: Wir sind uns bewusst, dass die Zürcher Kantonalbank vor allem in der Zeit vor und nach der Fusion der CS mit der UBS (*Schweizer Grossbank*) personell gewachsen ist, gerade auch in leitenden Positionen. Die EVP-Fraktion bekennt sich klar zu den Werten, den Gepflogenheiten und der Kultur der ZKB, wie wir sie erkennen können. Diese sollen trotz vermehrter Rekrutierung aus den beiden Grossbanken konsequent verteidigt werden. Gerade in schleichenden Veränderungen der Kultur durch eine Anpassung an die Gewohnheiten gewisser Banken sehen wir ein Risiko für die ZKB, den Kanton und die Zürcher Bevölkerung.

Positiv hervorheben möchten wir das Angebot der ZKB im Bereich der digitalen Vermögenswerte, wie Bitcoin. Durch das Angebot wird den Kundinnen und Kunden ein einfacher und doch möglichst sicherer Zugang zum Halten und Handeln mit Kryptowährungen und anderen digitalen Werten ermöglicht. Gerne würden wir mehr über die Strategie der ZKB in diesem Bereich erfahren. So wäre es uns wichtig, dass diese Vermögen möglichst ähnlich wie andere Vermögenswerte, wie Währungen oder Wertschriften, behandelt würden. Wir sehen dies insbesondere bezüglich der Einlagensicherung sowie eines Belehnungswertes.

Wir danken allen Mitarbeitenden der Bank, die mit ihrer Zeit, Energie, Kreativität und Kompetenz die ZKB zu einer führenden Bank in unserem Land machen. Wir wünschen uns auf allen Stufen ein Engagement für die Werte der ZKB und ein Handeln, auf das jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter und wir als Aufsicht in einigen Jahren mit Stolz zurückblicken können. Wir empfehlen, die Jahresrechnung, den Geschäftsbericht sowie den Nachhaltigkeitsbericht zu genehmigen.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): Als letzte Fraktionsrednerin möchte ich auf einen Aspekt im Nachhaltigkeitsbericht eingehen, der im AWU-Bericht nicht erwähnt wird, der für die AL aber wichtig ist, nämlich die paritätische Vertretung von Frauen auf allen Geschäftsebenen der ZKB: Gemäss Nachhaltigkeitsbericht der ZKB, in dem nicht finanzielle Belange beleuchtet werden, hat die Generaldirektion der ZKB 2021 beschlossen, den Anteil der Frauen in der Unternehmensführung zu erhöhen. Gemäss Eigenaussagen ist die ZKB überzeugt, dass gelebte Diversität – ich zitiere – «echte Vorteile bietet, gemischte Teams mehr erreichen und damit die Attraktivität als Arbeitgeberin erhöht wird». Zu diesem Zweck hat die Generaldirektion eine entsprechende Charta unterschrieben und die Erhöhung des Frauenanteils in den Leistungsauftrag 2030 integriert. Im Jahr 2023 hat die Generaldirektion konkrete Ziele definiert: So will sie bis Ende 2026 den Frauenanteil auf der zweiten Führungsstufe auf 20 Prozent und auf der dritten Führungsstufe auf 30 Prozent erhöhen. Ende 2024 betrug der Frauenanteil auf der zweiten Führungsstufe 16,7 Prozent, auf der dritten Führungsstufe 26,6 Prozent. Ange-sichts der aktuellen Zahlen finden wir diese Ziele, die die ZKB-Führung formuliert hat, um den Frauenanteil auf allen Führungsebenen, vor allem aber auch auf den oberen Führungsebenen zu erhöhen, nicht sehr ambitioniert. Wir erwarten mehr. Wir erwarten kein Schnekkentempo, sondern eine dynamischere Vorgehensweise, wie es sich auch für eine dynamische Bank gehört; dies auch, weil wir nicht erst seit heute über Gleichstellung diskutieren, sondern seit Jahrzehnten.

Der Kantonsrat hat dies bezüglich bereits vorwärtsgemacht. So haben wir im vergangenen Dezember bereits die vierte Frau innerhalb von fünf Jahren in den 13-köpfigen Bankrat gewählt. Wenn wir in diesem Tempo weitermachen, werden wir in wenigen Jahren Parität im Bankrat haben. Die Erhöhung des Frauenanteils im Bankrat verdeutlicht, dass es nicht an qualifizierten Frauen mit Wissen aus dem Banken- und Finanzbereich mangelt. Und wenn die im Kantonsrat vertretenen grossen Parteien qualifizierte Frauen zur Wahl vorschlagen, werden diese auch gewählt. Wenn der Kantonsrat will, dann geht es vorwärts beziehungsweise wird der Frauenanteil erhöht. Das erwar-

ten wir auch von der Generaldirektion der ZKB, dass sie mit der Gleichstellung vorwärtsmacht. Die AL erwartet, dass die ZKB das Gleichstellungsziel schneller erreicht als angestrebt. Eine Frau in der achtköpfigen Generaldirektion ist zu wenig, ein Fünftel Frauen auf Führungsstufe 2 und weniger als ein Drittel Frauen auf der Führungsstufe 3 bis Ende 2026 sind einfach keine ambitionierten Ziele.

Mit diesen kritischen Anmerkungen wird die Alternative Liste, wie von der AWU beantragt, den Geschäftsbericht, die Jahresrechnung und den Nachhaltigkeitsbericht der ZKB genehmigen. Die AWU übernimmt stellvertretend für den Kantonsrat die Aufsichtsfunktion über die Geschäftstätigkeit der ZKB. Die Alternative Liste bedankt sich bei der AWU für ihre wichtige Arbeit und ihren Bericht, der die Geschäftstätigkeit der ZKB transparent und nachvollziehbar macht.

Noch ein Wort zum Votum von Herrn Bender: Auch wir von der AL beobachten die Entwicklung des Vergütungssystems kritisch, das heisst also, wir schauen auch darauf, dass die Gehälter und Entschädigungen nicht in exorbitante Höhen schnellen. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Nicola Siegrist (SP, Zürich): Besser als andere zu sein, ist nicht gut genug, und damit meine ich die Klimastrategie der ZKB. Unsere kantonale Bank richtet sich am Pariser Klimaziel aus, sie orientiert sich an diesem internationalen Vertragswerk. Denn das Pariser Klimaabkommen schreibt auch fest, dass die Finanzflüsse international klimaverträglich ausgerichtet werden sollen. Sie wissen auch, geschätzte Anwesende, dass der Schweiz eine besondere Verantwortung zukommt, wenn es um die Finanzflüsse geht. Schliesslich sind aufgrund des Finanzplatzes rund 15 bis 20 Prozent der Menge an Treibhausgasen international zu verantworten, wie die Schweiz im Inland selbst ausstösst. Besser als andere zu sein, ist also nicht gut genug. Und um dies zu illustrieren, möchte ich zwei Aspekte ausführen, die in dieser Berichterstattung zu lesen sind:

Einerseits etwas zu den Vorgaben für die aktiven und die passiven Anlagen: Rund die Hälfte der Anlagen der ZKB sind aktiv investiert und unterliegen deshalb seit einigen Jahren einem Absenkpfad gemäss Pariser Klimaziel. Wiederum gut die Hälfte dieser Anlagen, also sprechen wir jetzt von einem Viertel der Anlagen, sind auf 1,5 Grad ausgerichtet, auf das ambitionierte, aber meiner Meinung nach auch das einzige richtige Klimaziel, um uns vor dem Klimakollaps zu bewahren. Die andere Hälfte dieser aktiv verwalteten Anlagen ist mit dem 2-Grad-Ziel kompatibel, und das, geschätzte Anwesende, reicht nicht. Wiederum die andere Hälfte, die ist nicht aktiv investiert, die ist nur passiv investiert. Und dennoch ist es sehr viel Geld, das sind mehrere 100 Milliarden, wenn wir jetzt gehört haben, wie viel Geld die ZKB von

ihren Kundinnen und Kunden insgesamt verwaltet. Und es reicht schlicht nicht, diese Milliarden ohne klare Absenkpfade, ohne klare Abgaben zu investieren, das lässt die Klimakrise schlicht nicht mehr zu. Ich habe gehört, dass erste Ansätze getestet und entwickelt werden, wie auch die passiven Anlagen endlich diesen Vorgaben entsprechen könnten. Aber wir als SP-Fraktion erwarten von der ZKB, dass auch die passiven Anlagen vollständig Paris-kompatibel auszurichten sind. Die Angebote der ZKB müssen per Default als Grundsatz klimaverträglich sein, dann können wir stolz sein auf diese Bank.

Und der zweite Aspekt betrifft eine Recherche, welche im April veröffentlicht wurde und die auch zeigte, welche Titel die ZKB unter dem Label «Responsible» – verantwortungsvoll – aufführt: Es sind bekannte fossile Grosskonzerne wie British Petroleum, Total Energies oder ExxonMobil (*internationale Mineralölkonzerne*). Die ZKB beziehungsweise Swisscanto, wo diese Fonds laufen, sagt, man verfolge das Ziel, bei diesen Anlagen die CO₂-Intensität zu reduzieren, also die Unternehmen dazu zu bewegen, dass sie ihre Investitionen klimaneutral ausrichten. Das ist auch grundsätzlich nicht falsch. Wir kommen nicht darum herum, diese grossen Konzerne auf den richtigen Weg zu bringen. Aber man darf sich nicht allein hinter dieser Strategie verstecken. Wenn ExxonMobil seine Öl- und Frackingkapazität weiter ausbaut und TotalEnergies neue Pipelines durch schützenswerte Regionen in Afrika baut, so ist dies weder mit sozialer noch mit ökologischer Nachhaltigkeit kompatibel. Hier kann und muss die ZKB mehr. Es steht nämlich nicht nur das Klimasystem auf dem Spiel, sondern auch die Glaubwürdigkeit unserer Kantonalbank. Herzlichen Dank.

Jörg Müller-Ganz, Präsident des Bankrates der ZKB: Ich möchte mich zuerst ganz herzlich bei Ihnen bedanken für Ihre breite, fundierte und qualifizierte Beurteilung des Geschäftslaufs und des Geschäftsgangs unserer Bank im letzten Jahr. Sie haben sich sehr intensiv mit unserem Geschäftsbericht und auch mit unserem Nachhaltigkeitsbericht auseinandergesetzt, und ich erkenne vieles wieder von dem, was wir geschrieben haben. Deshalb danke ich Ihnen ganz herzlich für Ihre grosse Auseinandersetzung mit den Ihnen zur Verfügung gestellten Dokumenten.

Ich möchte zu drei Aspekten kurz noch eine Antwort geben oder eine Vertiefung zu Fragen, die gestellt worden sind. Einerseits, erstens, Ihre – zu Recht – gewisse Verunsicherung angesichts der IT-Vorfälle, die wir letztes Jahr in unserer Bank hatten: Ich möchte hier festhalten, auch wir bedauern jeden Vorfall, der in unserer Bank in dieser Form passiert. Ich kann Ihnen auch sagen, dass diese Vorfälle alle – wir haben sie genau analysiert – sehr unterschiedlich gelagert sind. Bankrat und Geschäftsleitung nehmen jeden

Vorfall sehr ernst, analysieren es und leiten wirkungsvolle, möglichst nachhaltige Massnahmen davon ab. Und bei Bedarf setzen wir auch externe Experten ein, die uns hier unterstützen, hier noch besser zu werden. Wir investieren kontinuierlich in unsere IT. Nebst generellen Ausgaben für Unterhalt, Wartung und Lizenzen investieren wir insbesondere eben auch in Innovationen, wie von Ihnen gewünscht, Wachstum und Sicherheit. Wir möchten durch Einsatz von modernster Technologie in der Bank den sich ändernden Anforderungen auch technologisch im Umfeld immer gerecht werden. Also wir geben uns hier rechtlich wirklich Mühe, und ich kann Ihnen sagen, dass unsere Bank bezüglich Sicherheitsstandards, entsprechend den neuesten Erkenntnissen, den Branchenanforderungen vollumfänglich entspricht. Zum dritten Punkt, Private Banking, möchte ich festhalten, dass das Private Banking das Bilanzrisiko nicht verändert, weil wir das Geld ja nicht auf unsere Bücher nehmen. Aber – da hat Beat Bloch selbstverständlich den Nagel auf den Kopf getroffen – es besteht die Möglichkeit, dass wir das operationelle Risiko entsprechend erhöhen. Ich darf Ihnen aber versichern, dass die ZKB sich strikt an alle Gesetze und Vorschriften auch der Geldwäscherei hält. Wir prüfen jeden Kunden, der zu uns kommt, und wir prüfen auch jede Transaktion. Das sind Millionen von Transaktionen, die täglich durch unser System fahren. Dies gilt selbstverständlich für alle Kunden, die innerhalb des Kantons Zürich wohnen, genau gleichermassen wie für Kunden, die ausserhalb des Kantons Zürich wohnen.

Und dann noch zu den Zinsen, es wird schon zum Dauerbrenner, jetzt von Roland Kappeler, dass wir bezüglich Zinsen bei unseren Sparkonten etwas machen sollten. Ich möchte hier zur Beachtung einfach einmal mehr erwähnen: Wir sind die sicherste Bank der Welt. Bei uns möchte eigentlich jeder gerne Kunde sein. Im letzten Jahr ist angesichts der quasi grossen Zinsverschiebung das Zinsgeschäft um 7 Prozent gesunken. Es ist nicht mehr so rentabel, wie es noch vor einem Jahr war. Wir zahlen heute im Quervergleich einen guten durchschnittlichen Zins. Und wie die Kundenumfrage im letzten Jahr und auch die grosse Zunahme von Kunden gezeigt haben, sind die Kunden sehr zufrieden mit den Leistungen, auch mit den monetären Leistungen, die wir ihnen entsprechend erbringen. Im Unterschied zum Private Banking ist das Zinsgeschäft Bilanzgeschäft. Also wenn wir überdurchschnittliche Zinsen zahlen würden, ziehen wir nicht nur Gelder aus dem Kanton Zürich an, sondern es wollen letztlich dann eben alle das Geld zur Kantonalbank bringen und unsere Bilanz wird aufgebläht. Ich denke nicht, dass das im Sinn des Kantonsrates von Zürich ist.

Und letztlich noch zur Frauenförderung: Ja, wir nehmen das Ziel ernst, Frau Stofer. Wir sind der Ansicht, es sei ambitioniert, aber da kann man natürlich unterschiedlicher Ansicht sein. Wir sind der Ansicht, es ist ambitioniert. Es

geht nicht mehr lange bis 2026, Sie haben sich intensiv mit den Zahlen aus-einandergesetzt. Wir müssen noch ein bisschen daran arbeiten, dass wir zu-mindest die Ziele 2026 erreichen. Sie haben gesagt, was der Kantonsrat macht. Ich habe in meiner Einleitung auch gesagt, was der Bankrat macht. In der Nacht vom 31. Mai auf den 1. Juni 2025 wird sich unsere Frauenquote in der Geschäftsleitung verdoppeln, als entscheidendes Ergebnis des Han-delns des Bankrates. Also herzlichen Dank dafür, und dann wünsche ich Ihnen weiter eine gute Beratung.

Detailberatung

I.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 170 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), Ziffer I der Vorlage zuzustimmen und Rechnung, Geschäftsbericht und Nachhaltigkeitsbericht der ZKB für das Jahr 2024 zu genehmigen.

II.

Keine Bemerkungen; Kenntnisnahme.

III.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 171 : 0 Stimmen (bei 1 Enthaltung), Zif-fer III der Vorlage zuzustimmen und den Bankorganen für das Jahr 2024 Entlastung zu erteilen.

IV. und V.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

Ratspräsident Beat Habegger: Ich danke dem Präsidenten des Bankrates und allen Mitarbeitenden und Verantwortungsträgerinnen und -trägern der ZKB für das Beiwohnen der Debatte heute Morgen.

3. Rechnung und Geschäftsbericht der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) für das Geschäftsjahr 2023/24

Antrag des Verwaltungsrates der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich vom 9. Dezember 2024 und Antrag der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen vom 19. März 2025

KR-Nr. 33a/2025

Ratspräsident Beat Habegger: Gemäss Paragraf 52 Absatz 2 des Kantonsratsgesetzes ist Eintreten auf die Vorlage obligatorisch und es findet deshalb auch keine Schlussabstimmung statt. Zu diesem Geschäft begrüsse ich den Verwaltungsratspräsidenten der EKZ (*Elektrizitätswerke des Kantons Zürich*), Rolf Schaeren. Ich begrüsse auch die Mitglieder des EKZ-Verwaltungsrates und die Mitarbeitenden der EKZ auf der Besuchertribüne. Der Behandlungsablauf erfolgt identisch zum vorherigen Geschäft (KR-Nr. 67a/2025). Die Eröffnung macht die Präsidentin der AWU (*Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen*), Stefanie Huber, dann spricht der Verwaltungsratspräsident der EKZ, Rolf Schaeren, beide für je zehn Minuten. Danach folgen die Fraktionssprecherinnen und -sprecher und schliesslich die übrigen Mitglieder des Rates. Es schliessen dann die Vertretung der EKZ und die Kommissionspräsidentin der AWU mit einer Replik die Debatte.

Stefanie Huber (GLP, Dübendorf), Präsidentin der AWU: Eltop AG (*Schweizer Elektroinstallationsunternehmen*) – Stütze für die Energiewende oder Marktverzerrung? Auslandsengagement der EKZ – unbekanntes Risiko oder Know-how-Gewinn? Ähnlich wie vorher bei der ZKB (*Zürcher Kantonalbank*) möchte ich mit diesen Fragen aus Sicht der AWU starten, bevor ich das Geschäftsjahr zusammenfasse, die Tätigkeit der Kommission präsentierte, mit einem Ausflug zum Finanzkontrollbericht und dann mit Antrag und Dank schliesse.

Eltop AG – Stütze für die Energiewende oder Marktverzerrung? Die Eltop AG hat ihre Ursprünge in den Anfängen der Elektrotechnik vor bald 100 Jahren. Seit damals haben die EKZ das Verständnis entwickelt, dass ihr Dienstleistungsangebot bis zum Ende der Verbraucherkette reicht. Heute bietet die Eltop AG mit über 550 Mitarbeitenden, darunter 130 Lernenden, klassische Elektroinstallationsdienstleistungen in den Bereichen Photovoltaik (PV), Elektromobilität, ICT-Services und Gebäudeautomation. Neben Standorten im Versorgungsgebiet hat die Eltop AG auch in die Kantone Schaffhausen, Aargau, Zug, Glarus und Graubünden expandiert. Aus Sicht der EKZ ist die Eltop AG ein wesentliches strategisches Bindeglied zwischen standardisierten und individuellen Lösungen und deren Umsetzung.

Die EKZ sehen sich als Anbieterin ganzheitlicher End-zu-End-Lösungen. Mit circa 2 Prozent Marktanteil seien sie nicht als substanziale Konkurrenz privater Unternehmen anzusehen, zumal sie mit weiteren Anbietern zusammenarbeiten und sich klar mit hoher Qualität im Markt positionieren. Die AWU hat die Ausführungen der EKZ anlässlich der Visitation 2024 kritisch hinterfragt, beispielsweise das Wachstum vor allem über das Versorgungsgebiet hinaus und die Entwicklung der Kostenstrukturen. Positiv gewürdigt hat sie die Neustrukturierung der Marktaktivitäten im Jahr 2024 und den starken Fokus auf die Lernenden. Wie viel Marktengagement es braucht, wo kein offensichtlicher Mangel an privatwirtschaftlichem Angebot besteht, sollte in der Eigentümerstrategie mit klaren politischen Leitplanken adressiert werden.

Auslandsengagement – unbekanntes Risiko oder Know-how-Gewinn? Die EKZ betreiben in fünf europäischen Ländern Freiflächen-Solaranlagen sowie in vier Ländern Windkraftanlagen, wovon circa 40 Mehrheitsbeteiligungen sind. Dem Gesamtproduktionsvolumen im Ausland von fast einer Terrawattstunde steht ein Absatz von 2,5 bis 3 Terrawattstunden im Inland gegenüber. Was als Absicherung für allfällige regulatorische Anforderungen begann, sehen die EKZ heute als Beitrag zur Versorgungssicherheit, zur Erreichung der Klimaziele, aber auch als Know-how-Generator, der für erneuerbare Energieprojekte in der Schweiz von Nutzen ist. Die Geschäftsbereiche der EKZ sind strikt getrennt. So hat der Geschäftsbereich Erneuerbare Energien, zu dem auch das Auslandsengagement gehört, keinen Einfluss auf die Berechnung der Strompreise. Die Herausforderungen für Auslandprojekte sind zahlreich, von unterschiedlichen Rahmenbedingungen über die Integration der Produktion ins Netz bis zur Gewährleistung der Nachhaltigkeitsstandards. Die Gesamtkapitalrendite des EKZ-Auslandportfolios beträgt 5,3 Prozent, wobei die Länder zwischen 4 und 6,7 Prozent streuen. Aus Sicht der AWU fehlte in der letztes Jahr erstmals vorgelegten Erneuerung der Eigentümerstrategie EKZ immer noch eine Schärfung vonseiten der Regierung zum Zweck der verschiedenen EKZ-Geschäftsfelder, wozu beispielsweise das Auslandsengagement und der vorhin besprochene Teilmarkt gehören.

Ich komme zum Geschäftsjahr 2023/2024: In einem dynamischen, unsicheren und zudem immer komplexer werdenden Umfeld erreichte die EKZ-Gruppe einen EBIT (*Gewinn vor Zinsen und Steuern*) von 53,5 Millionen Franken, was circa 13 Prozent unter dem Vorjahreswert liegt. Einerseits erfolgte eine Anpassung des «Aufgreifkriteriums für Kosten und Gewinne» bei der Grundversorgung, andererseits investierten die EKZ in erneuerbare Energien, Wachstum und Digitalisierung. Eine eindrückliche Zahl sind die 2

Millionen Franken, die jede Woche ins Netz investiert werden. Die EKZ haben ausserdem letztes Jahr 4000 Solaranlagen in ihr Netz integriert.

Die Sparten Elektroinstallationen und Contracting verbesserten ihre operativen Ergebnisse, nachdem sie im Vorjahr noch unter den Erwartungen abgeschlossen hatten. Während sich der Betriebsertrag als Folge der gestiegenen Energiepreise auf 1,2 Milliarden Franken weiter erhöhte, blieb der Unternehmensgewinn mit 149 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahr auf hohem Niveau beinahe stabil. Die EKZ profitierten von Wertsteigerungen bei der Repower-Beteiligung (*Energieversorgungsunternehmen*) und von den starken Finanzmärkten.

Die Jahresrechnung der EKZ selbst weist bei einem Umsatz von 1 Milliarde Franken einen Unternehmensgewinn von knapp 80 Millionen Franken aus, plus 3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Während der EBIT leicht sank, konnte das Finanzergebnis weiter gesteigert werden. Dem Kanton wurde eine Gewinnausschüttung von knapp 26 Millionen Franken gewährt. Die freiwillige Ausgleichsvergütung an die Gemeinden erfolgte praktisch gleichbleibend wie im Vorjahr in der Höhe von gut 11 Millionen Franken. Die Kommission hat von den Berichten der Revisionsstelle PricewaterhouseCoopers AG zur Jahresrechnung der EKZ-Gruppe wie der EKZ Kenntnis genommen.

Tätigkeit der Kommission: Neben den bereits angesprochenen Themen beschäftigte sich die AWU mit den Aufsichtsberichten der Finanzkontrolle. Diese nahm im Berichtsjahr das EKZ-Beschaffungswesen in den Fokus. Hier einige Bemerkungen im Sinne einer Zusammenfassung und Würdigung: Die EKZ unterstehen bei der Beschaffung im Monopolbereich dem Vergaberecht, während die Marktbereiche freier sind. Das stellt eine ständige Herausforderung dar, weil es regelmässig gemischte Aufträge gibt, um Skaleneffekte nutzen zu können. Dort gilt dann die sogenannte Mehrheitsregelung. Das wurde gemäss Finanzkontrolle durchaus einmal grosszügig zuhanden der freien Vergabe ausgelegt. Die EKZ verfügen über kein einheitliches übergeordnetes Vertragsreglement oder eine Gesamtbeschaffungsstrategie. Die Compliance ist aus Sicht Finanzkontrolle zweckmässig, funktional und pragmatisch ausgerichtet. Auch bezüglich nachhaltiger Beschaffung befindet man sich noch im Aufbau. Zur Wahrnehmung der übergeordneten Steuerungsverantwortung empfiehlt die Finanzkontrolle im Mindesten vertiefte Schulungen, eine gesamtheitliche Statistik und ein Monitoring mit Führungskennzahlen mit Fokus Beschaffung. Wenngleich die EKZ grundsätzlich auf ihre Organisationsfreiheit verwiesen und die Gründe ihrer Wahl für ein dezentrales Beschaffungswesen dargelegt haben, werden sie die Empfehlungen der Finanzkontrolle prüfen. Es wurden ausserdem Massnahmen formuliert, auf deren Umsetzung die AWU zurückkommen wird.

Noch ein paar weitere Punkte aus der Tätigkeit der AWU: Wir haben uns mit den jährlichen Berichten zur bestehenden Eigentümerstrategie befasst sowie einen Mitbericht zur neuen, inzwischen zurückgezogenen Eigentümerstrategie EKZ des Regierungsrates verfasst. Mit dem Verwaltungsratspräsidenten haben wir uns mit der Bestellung und Funktionsausübung des Verwaltungsrates sowie weiteren Corporate-Governance-Themen befasst. Dazu lässt sich feststellen, dass Verbesserungen bezüglich der Wahl neuer Verwaltungsratsmitglieder zum Teil auch an unseren eigenen Prozessen liegen und wir hier selber etwas tun können. Mit den EKZ nimmt die AWU jeweils auch aktuelle Diskussionen rund um die AXPO-Beteiligung (*Schweizer Energiekonzern*) auf, darüber berichten wir anlässlich des regierungsrätlichen Geschäftsberichts.

Ich komme zu Antrag und Dank: Auch hier habe ich mich auf einige Punkte beschränkt und die Fraktionsvertretungen werden mich ergänzen und die ihnen wichtigen Punkte herauspicken. Die Kommission stellt dem Kantonsrat folgenden Antrag: Rechnung und Geschäftsbericht für 2023/2024 zu genehmigen und von der Gewinnverwendung Kenntnis zu nehmen. Die Mitglieder der AWU danken dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung der EKZ für die konstruktive und offene Zusammenarbeit und allen Mitarbeitenden für ihren Einsatz, damit der Kanton auch morgen sicher mit Strom versorgt wird und wir auf zunehmende erneuerbare Energieproduktion setzen können. Das zweite meiner Voten als Präsidentin nutze ich auch für einen Dank an unsere Kommissionssekretärin Sandra Freiburghaus auf der Tribüne für ihre hilfreiche Unterstützung in der Arbeit unserer Kommission. Vielen Dank.

Rolf Schaeren, Verwaltungsratspräsident der EKZ: Sie geben uns den Auftrag, den Kanton Zürich wirtschaftlich, sicher und umweltgerecht mit elektrischer Energie zu versorgen. Diesen Auftrag haben wir unseres Erachtens auch im vergangenen Geschäftsjahr erfüllt. Unsere Netzverfügbarkeit lag auch im letzten Jahr nahezu bei 100 Prozent. Diese Stabilität hat natürlich auch ihren Preis. Wöchentlich investieren wir – Sie haben es bereits von der Kommissionspräsidentin gehört – rund 2 Millionen Franken in dieses Netz, und das werden wir auch in Zukunft tun, um den Um- und Ausbau unseres Netzes weiterzuführen, inklusive dessen Digitalisierung. Die Anforderungen an unser Netz steigen infolge dieser Integration und infolge der Integration der erneuerbaren Energien, und die zunehmende Komplexität beschäftigt uns eigentlich täglich. Um unsere Verantwortung für die hohe Versorgungssicherheit auch künftig bieten zu können, werden wir also weiterhin diese Investitionen tätigen.

Trotz stabiler Grundversorgung war das Geschäftsjahr 2023/2024 kein einfaches Jahr. So lag unser operatives Ergebnis rund 7 Millionen Franken unter dem Vorjahr. Der Grund dafür waren bedeutende Investitionen in die Zukunft, die wir getätigt haben. Wir haben wichtige Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien angestossen, eines der prominentesten ist das Projekt zusammen mit Repower und der Gemeinde Klosters, das PV-Projekt Madrisa Solar. Es ist immerhin eines der wenigen Solarprojekte in der Schweiz, die tatsächlich nächstens gebaut werden können. Außerdem haben wir einiges in den Ausbau unserer Angebote im Bereich der Gebäudeenergie investiert.

Mit unserem Unternehmensgewinn in Höhe von 149 Millionen Franken sind wir sehr zufrieden. Dieses Ergebnis zeigt aber auch die Entwicklung unserer Beteiligungen bei AXPO und Repower und ist auch eine Möglichkeit, die es uns eben erlaubt, 37,3 Millionen Franken an den Kanton und an unsere direktversorgten Gemeinden auszuschütten.

Zu den erneuerbaren Energien: Die EKZ haben im letzten Geschäftsjahr rund 4000 Solaranlagen ans Netz angeschlossen, das sind 30 Prozent mehr als im Vorjahr. Darauf sind wir stolz und wir betrachten es aber auch nur als ein Etappenziel. Für eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien im Kanton Zürich müssen wir den Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion weiter vorantreiben. Der Ausbau der Solarenergie mit Grossflächenprojekten, zum Beispiel Embraport in Embrach, der grössten PV-Anlage im Kanton Zürich, ist dabei genauso wichtig wie der Ausbau der Wind- und Wasserkraft. Um diesen Ausbau voranzutreiben, braucht es einen gemeinsamen Effort. Wir als Energieversorger sind ebenso gefragt wie Sie als Politikerinnen und Politiker und wir alle als Bürgerinnen und Bürger. Das Engagement für eine erneuerbare und nachhaltige Zukunft ist auch für die EKZ selber eine Pflicht. Im vergangenen Jahr haben wir unsere eigenen Treibhausgasemissionen um weitere 13 Prozent senken können, mit dem Ziel von netto Null bis im Jahr 2030. Bis dahin wollen wir sämtliche betriebseigenen Emissionen reduzieren und verbleibende Emissionen kompensieren. Wir sind bereits mit Hochdruck daran, eigene fossile Heizungen durch Wärme-pumpen zu ersetzen und die Fahrzeugflotte zu elektrifizieren. Aktuell fahren bereits 75 Prozent aller neu angeschafften Geschäftsfahrzeuge elektrisch.

Lassen Sie mich einen Blick auf die aktuellen und künftigen Herausforderungen werfen: Es ist eine Tatsache, dass die Herausforderungen in der Energiebranche gross sind und auch weiter zunehmen, sei es beim Ausbau der Erneuerbaren, bei der Suche nach Speichermöglichkeiten, beim Integrieren der Erneuerbaren ins Netz oder beim damit verbundenen Ausbau der Digitalisierung des Netzes. Das alles bedingt massive Investitionen bei einem

gleichzeitig immer komplexer werdenden regulatorischen Rahmen und einschränkenden Tarifvorschriften im Netz. Für 2024/2025 erwarten wir ein tieferes operatives Ergebnis, aber weiterhin ein solides Unternehmensresultat, auch dank der Dividendenausschüttung der AXPO.

Was erwarten wir bezüglich der künftigen Tarife? Sie wissen, die Verwerfungen an den Energiemarkten im Kontext der Energiekrise haben uns gezwungen, die Tarife für 2024 zu erhöhen. Eine erste Entspannung gab es in diesem Jahr und noch besser sind die Aussichten für das kommende Jahr 2026. Die Tarife werden erneut sinken, und zwar in einen tiefen zweistelligen Prozentbereich. Außerdem passen die EKZ für das Jahr 2026 die Tarifstruktur mit einem dynamischen Modell an, das die neue Stromrealität besser abbildet. Das ist ein wichtiger Schritt in eine Energiezukunft, in der die Konsumentinnen und Konsumenten ihren Verbrauch gezielt steuern können und gleichzeitig das Netz auch entlastet wird. Mit dem entsprechenden Pilotprojekt «Ortsnetz» haben die EKZ ihre Innovationskraft durchaus unter Beweis gestellt.

Die EKZ haben auch in den nächsten Jahren eine Reihe von anspruchsvollen Herausforderungen und Veränderungen zu bewältigen, um den Kanton und die von uns versorgte Bevölkerung sicher, wirtschaftlich und umweltgerecht mit elektrischer Energie zu versorgen. Die Herausforderungen bieten auch Chancen: Chancen, sich gegenüber der Konkurrenz zu behaupten, und Chancen, sich weiterzuentwickeln. Diese Chancen wollen und werden wir nutzen. Ich danke den mehr als 1700 Mitarbeitenden und Lehrlingen, die sich täglich – auch an den Wochenenden – für eine sichere Stromversorgung einsetzen. Ich danke der Kommissionspräsidentin und den Mitgliedern der AWU für die offenen, auch kritischen, aber immer konstruktiven Diskussionen. Und ich danke der Geschäftsleitung und den Mitgliedern des Verwaltungsrates für die einmal mehr gute Zusammenarbeit im anspruchsvollen vergangenen Geschäftsjahr. Besten Dank.

René Truninger (SVP, Illnau-Effretikon): Wie bereits gehört, beträgt der Unternehmensgewinn der EKZ im Geschäftsjahr 2023/2024 149,1 Millionen Franken und liegt damit etwa auf dem Niveau des Vorjahrs. Bemerkenswert ist erneut, dass ein erheblicher Teil dieses Gewinns von der Repower AG stammt, konkret sogar mehr als die Hälfte. Der Verwaltungsrat der EKZ hat im Berichtsjahr eine Gewinnausschüttung beschlossen: 25,88 Millionen Franken zugunsten des Kantons sowie 11,43 Millionen Franken an die Gemeinden, ebenfalls auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen, AWU, hat ihre Aufsichtstätigkeiten auf verschiedene Weise wahrgenommen: Ein-sichtnahme in die Protokolle des EKZ-Verwaltungsrates, Gespräche mit der

Finanzkontrolle, Präsentation der EKZ-Risikokarte und der zukünftigen Tarifmodelle, Diskussionen zu Herausforderungen im problematischen Bereich Denkmalschutz sowie Investitionen in erneuerbare Energien im Ausland.

Zum Strompreis und zur Energiewende: Die EKZ haben im Berichtsjahr rund 4000 neue Solaranlagen ans Netz genommen. Damit verbunden war ein erheblicher Investitionsbedarf in den Netzausbau und die Digitalisierung, nämlich über 2 Millionen Franken pro Woche. Auch wenn die EKZ im schweizweiten Vergleich weiterhin günstige Strompreise bieten, ist klar: Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist nicht zum Nulltarif zu haben. Die Kosten für den Netzausbau werden zwangsläufig auch künftig in Form höherer Strompreise an die Kundinnen und Kunden weitergegeben.

Ein Blick in die Zukunft: Die EKZ rechnen auch im kommenden Geschäftsjahr mit hohen Investitionen in die Netzinfrastruktur und infolgedessen mit einem rückläufigen Ergebnis. Erwähnenswert ist ebenfalls, dass die EKZ im Rahmen der Energiewende zwei neue Photovoltaik-Anlagen in Spanien in Betrieb genommen haben, obwohl man weiterhin von tiefen Marktpreisen für erneuerbare Energien im Ausland ausgeht.

Ein kurzer Blick auf die Tochtergesellschaft Eltop AG: Die EKZ-Tochter Eltop AG betreibt inzwischen 40 Standorte mit rund 550 Mitarbeitenden mehrheitlich im Versorgungsgebiet der EKZ, aber auch in den Kantonen Schaffhausen, Aargau, Zug, Glarus und Graubünden. Die Kommission wird sich wohl auch zukünftig mit Fragen zur Wirtschaftlichkeit, zum Wachstumskurs und zur Konkurrenzsituation mit privaten Anbietern auseinandersetzen.

Abschliessend danken wir dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung der EKZ für die konstruktive Zusammenarbeit sowie allen Mitarbeitenden für ihren engagierten Einsatz. Im Namen der SVP/EDU-Fraktion beantrage ich Ihnen, die Rechnung und den Geschäftsbericht der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich für das Geschäftsjahr 2023/2024 zu genehmigen und die Gewinnverwendung zur Kenntnis zu nehmen. Besten Dank.

Hanspeter Göldi (SP, Meilen): Unsere Kommissionspräsidentin Stefanie Huber hat die wichtigsten Fakten aus Sicht der AWU bereits gut ausgeführt, dafür bedanke ich mich. Ich werde nun die Sichtweise als SP-Vertreter aufzeigen:

Grundsätzlich sind uns die Versorgungssicherheit sowie die ökologische, nachhaltige Ausrichtung mindestens so wichtig wie der aktuelle wirtschaftliche Erfolg. Für uns ist die Eltop AG ganz klar eine wichtige Stütze für die Energiewende. Eine Versorgung bis vor das Haus löst die Herausforderungen der heutigen Realität nicht. Ich bin frustriert, wenn ich feststellen muss, dass in Häusern mit Solaranlagen die Elektro-Boiler immer noch in der

Nacht aufgeheizt werden; dies nur, weil es immer so war und eine intelligente Steuerung zu schwierig sei, um diese zu installieren. Hier kann die Eltop mit ihrem Wissen und dem Versuchslabor, dessen Erkenntnisse übrigens allen Marktteilnehmern zur Verfügung gestellt werden, ihren unverzichtbaren Beitrag leisten. Das Wachstum der Eltop soll vor allem bei neuen Energieprodukten liegen und sich auf das Versorgungsgebiet konzentrieren. Das Auslandsengagement der EKZ als Beitrag zur Versorgungssicherheit und zur Erreichung der Klimaziele und vor allem als Wissensgenerator für die erneuerbaren Energien in der Schweiz begrüsst die SP. Wir sind überzeugt, dass die EKZ zum Ausbau der Produktionsmenge vor allem bei der Solarenergie und bei der Windenergie in der Schweiz einen wichtigen Beitrag leisten können. Hier ist es wichtig, dass der Verbrauch und die Produktion intelligent gesteuert und mit verschiedenen Massnahmen verbessert werden können und damit die Versorgungssicherheit gesichert werden kann. Dies kann in Zukunft hoffentlich auch mit bidirektionalen Ladestationen – so werden unsere Autos zu Stromspeichern – noch verbessert werden. Es sind bereits 43'500 Tiefgaragenplätze mit dem EKZ-Lademanagement ausgerüstet. Ebenfalls verlangen wir, dass die EKZ ihren Kunden auch weiterhin attraktive Rückliefertarife bieten. Damit kann sichergestellt werden, dass der Zubau von möglichen Dächern sichergestellt wird.

Bei der Windenergie ist es uns wichtig, dass man die wissenschaftlichen Erkenntnisse in die Abwägung von Projekten einfließen lässt. Hier möchte ich der AXPO für ihren positiven Beitrag, den sie für die Aufklärung zur Windenergie unternommen hat, danken. Ihr könnt unter «AXPO Windenergie, Wind von hier, gut für deine Zukunft» die wichtigsten Punkte nachlesen, unter anderem, weshalb heute dank der neuen Technologie der Windturbinen die Windenergie auch im Kanton Zürich wirtschaftlich betrieben werden kann.

Als Arbeitnehmervertreter ist es mir wichtig, dass die EKZ bei ihrem Auftrag in der Aus- und Weiterbildung, aber auch bei den Anstellungsbedingungen eine Vorreiterrolle übernehmen. Gerade beim aktuellen Fachkräftemangel ist es von grossem Vorteil, dass die EKZ auf die selber ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückgreifen können. Grosse Freude bereitet uns das Engagement der EKZ bei Schulhausprojekten. So konnten in Wädenswil auf drei Dächern der Oberstufenschule 650 Panels mit einem Gesamtertrag von 260'000 Kilowattstunden erstellt werden. Im Rahmen des Bildungsprogramms Klimaschule des Vereins MyPlanet haben sie tatkräftig mitgeholfen, ihre Schulhausdächer mit Solarpanels auszustatten. Solche Projekte bringen nicht nur ein besseres Verständnis für die Energie, sondern sie können auch aufzeigen, welche beruflichen Werdegänge möglich sind.

Die Zahlen zum Geschäftsjahr 2023/2024 nimmt die SP gerne zur Kenntnis. Dass die Sparten Elektroinstallationen und Contracting ihre operativen Ergebnisse verbessern konnten, freut uns. Ebenfalls sind wir mit dem stabilen Unternehmungsgewinn von 149 Millionen Franken zufrieden. Wichtig ist uns, dass die EKZ die nötigen Investitionen ins Netz und die Versorgungssicherheit – wir haben es schon zweimal gehört, es lohnt sich aber, sich das noch einmal auf der Zunge zergehen zu lassen – von über 2 Millionen Schweizer Franken pro Woche weiterhin tätigen. Denn nur wenn die Infrastruktur auf hohem Niveau gehalten werden kann, können wir auch darauf hoffen, dass wir mit einem minimalen durchschnittlichen Stromausfall wie 2024 von 12 Minuten Ausfallzeit pro Jahr und Kunde rechnen müssen.

Der Energiemarkt ist international und schweizweit in einem grossen Umbruch. Wir sind dankbar, dass wir im Kanton Zürich mit den EKZ eine starke Partnerin haben, die die Schwankungen und die Planungssicherheit einigermassen abfedern kann und für die neue Herausforderung gut gerüstet ist. Für die SP ist klar, dass ein abgeschotteter Energiemarkt nur für die Schweiz keine Option ist, deshalb brauchen wir ein gutes Energieabkommen mit Europa.

Die EKZ rapportieren aktuell im Nachhaltigkeitsbericht ihre Emissionen auf Scope 1 und 2. Dort können wir nachlesen, dass die Reduktion der Treibhausgasemissionen in diesem Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr um 13 Prozent reduziert werden konnte. Diese Anstrengungen begrüssen wir sehr. Die SP erwartet, dass im nächsten Nachhaltigkeitsbericht auch über das Scope 3 – dies beinhaltet die vor- und nachgelagerten Lieferketten – berichtet werden.

Ich bedanke mich im Namen der SP bei den rund 1460 Mitarbeitenden der EKZ für ihren Einsatz und bei der Geschäftsleitung und dem Verwaltungsrat für den guten Austausch. Da dies mein letztes Votum im Rat ist, erlaube ich mir auch einen Dank an die Parlamentsdienste, im Besonderen an die Kommissionssekretärin Sandra Freiburghaus, und alle Kommissionsmitglieder. Aus meinen 14 Jahren Erfahrung immer in Oberaufsichtskommissionen kann ich sagen, dass wir uns trotz politisch grosser Differenzen schlussendlich immer auf unseren Auftrag, die Sicherung und die gesetzeskonforme Ausführung der Aufgaben unserer Organisationen, einigen konnten. Ich denke, dank den verschiedenen Schwerpunkten der Mitglieder kann die Oberaufsicht ganzheitlich und in hoher Qualität durchgeführt werden. Die SP wird die Rechnung und den Geschäftsbericht genehmigen. Herzlichen Dank für eure Aufmerksamkeit.

Astrid Furrer (FDP, Wädenswil): Wir diskutieren das Geschäftsjahr 2023/2024 der EKZ. Hauptaufgabe der EKZ ist die Versorgungssicherheit,

aber diese ist nur möglich, wenn sie auch ökonomisch auf gesunden Füßen steht, vergessen wir das nicht. Zunächst einmal freut es die FDP zu sehen, dass die EKZ einen beeindruckenden Betriebsertrag erzielen konnten und dass der Unternehmensgewinn auf hohem Niveau bleibt. Jedoch ist das operative Ergebnis leicht rückgängig. Wir müssen kritisch anmerken, dass ein erheblicher Teil dieses Unternehmensgewinns aus Buchgewinnen resultiert, insbesondere aus der Beteiligung an Repower. Dieser Anteil macht über 60 Prozent des Gewinns aus. Diese Abhängigkeit ist volatil und ein Klumpenrisiko und wirft Fragen hinsichtlich der nachhaltigen finanziellen Basis auf. Der Rückgang im operativen Ergebnis führt zu Fragen über die Effizienz unserer Investitionen und die Kontrolle der Betriebskosten. Auch die bevorstehende Senkung des WACC (*Weighted Average Cost of Capital*) – sie wird durch den Bund veranlasst, das ist der kalkulatorische vorgegebene Zinssatz – wird den Druck auf die Rentabilität weiter erhöhen. Der Konzerngewinn ist gut. Die Stromtarife belasten noch immer Haushalte und Unternehmen, es freut uns daher sehr zu hören, dass die Tarife gesenkt werden können. Sehr erfreulich ist die hohe Netzverfügbarkeit. Diese Zahl zeugt von einer soliden Arbeit an der Infrastruktur, die wichtig ist für uns. Gleichzeitig müssen wir darauf hinweisen, dass das Netz am Limit ist und der Ausbau des Energiebedarfs nur schwer mithalten kann; dies nicht nur wegen der Dekarbonisierungsstrategie, sondern auch zum Beispiel wegen stromfressender Rechenzentren. Es braucht jetzt Massnahmen: Platz für Trafostationen, schnellere Bewilligungsverfahren und intensivere digitale Lösungen. Die EKZ sind da auf gutem Weg, aber sie sind auch auf Bund und Kantone und Gemeinden angewiesen, damit es endlich vorwärtsgeht, zum Beispiel beim Bau von Trafostationen.

Die EKZ sind ein Energieversorger und eigentlich kein Stromproduzent. Um das finanzielle Ergebnis zu verbessern, investieren sie jedoch in Stromprojekte im In- und Ausland. Im Ausland wurde bisher etwa zehnmal so viel investiert wie in der Schweiz. Das operative Ergebnis ist auch bei den Auslandinvestitionen gesunken, und dies, obwohl die Wetterbedingungen in Deutschland und Frankreich für Windenergie sehr gut waren. Aber durch die tiefen Marktpreise in Spanien und Frankreich sank das operative Ergebnis im Vergleich zum letzten Jahr deutlich. Auch in der Zukunft werden tiefe Marktpreise erwartet. Wie rentabel also diese Investitionen in Erneuerbare im In- und Ausland noch sind, wird sich zeigen, die Rentabilität speziell im Inland ist sehr viel kritischer. Nur was ökonomisch funktioniert, ist auch nachhaltig, das dürfen wir nicht vergessen. Insbesondere die Investitionen in wenig rentable Heimatschutzobjekte, wie Madrisa Solar, sind zu hinterfragen. Da wird der Markt mit überhöhten Abnahmepreisen verzerrt, und bezahlen tun dies auch noch zu einem Teil die Haushalte; und dies, obwohl

Madrisa Solar mit Bundesgeldern subventioniert wird. Da kann doch etwas nicht stimmen. Politische Zielvorgaben sollten nicht die wirtschaftliche Effizienz übersteuern.

Besorgnis erregend ist die exponentiell wachsende Regulationswut auf allen politischen Ebenen, besonders auf Bundesebene. Die Menge und Tiefe an Vorgaben haben sich in den letzten 20 Jahren verzehnfacht, und das kostet. Das belastet nicht nur die EKZ, sondern alle, die etwas bauen. Zahlen tun das am Schluss die EKZ-Kunden, Mieterinnen, Mieter, Steuerzahler, wir alle.

Wir bleiben weiterhin kritisch gegenüber der Eltop AG, da sie auch Arbeiten ausführt, die private Firmen ebenso gut ausführen können. Der Trend zur Rentabilität verbessert sich zwar, die negativen Zahlen sind jedoch nur möglich, weil Eltop vom Konzern getragen wird. Eine direkte Quersubventionierung findet zwar nicht statt, davon konnten wir uns in der AWU überzeugen, aber dies ist doch eine Marktverzerrung. Sehr erfreulich ist, dass die Eltop 140 Lehrlinge ausbildet, das ist ein aktiver Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Positiv hervorzuheben ist zudem die Auszeichnung der EKZ als bester Arbeitgeber der Branche. Dies ist ein Zeichen für eine sehr gute Führung und Personalpolitik, und das bei einem Betrieb mit knapp 1600 Mitarbeitenden.

Wir danken dem Verwaltungsrat, der Geschäftsleitung und allen EKZ-Mitarbeitenden für ihre Arbeit zugunsten der Stromversorgung des Kantons Zürich. Ohne Strom geht gar nichts mehr. Wir erinnern hier gerne auch den Regierungsrat daran, dass die Eigentümerstrategie wichtige Rahmenbedingungen dafür setzt. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Die FDP stimmt dem Geschäftsbericht der EKZ zu und unterstützt alle Anträge.

Ratspräsident Beat Habegger: Ich begrüsse auf der Tribüne eine Klasse und vielleicht auch zwei Klassen des Zehnten Schuljahres der Tempus-Schule in Küsnacht. Herzlich willkommen bei uns im Kantonsrat, wir freuen uns, dass ihr unsere Beratungen mitverfolgt.

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon): In Kürze werden wir hier im Rat mit einer Gesetzesänderung die EKZ stärker verpflichten, ihren Beitrag zur kantonalen Energie- und Klimapolitik zu leisten. Selbstverständlich wissen wir, dass die EKZ bereits jetzt teilweise in diese Richtung arbeiten, wir sind aber überzeugt, dass hier noch mehr möglich und vor allem auch nötig ist. Dazu gehört, erstens, die Beschaffung, welche die Finanzkontrolle und die AWU-Präsidentin angesprochen haben. Ich will hier nicht die Worte von Frau Huber wiederholen, aber für uns ist ganz klar: Auch mit einer nachhal-

tigen Beschaffung können und sollen die EKZ einen Beitrag zur Klimapolitik leisten. Dazu gehört, zweitens, die Intelligenz im Netz. Hier sind die EKZ grundsätzlich daran. Nicht zu vergessen sind diesbezüglich aber auch die richtigen Anreize für die Nutzenden, hier haben die EKZ noch Potenzial. Alte Rundsteuerungen sollen ersetzt und die Tarife im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten so angepasst werden, dass über Mittag der PV-Strom vom eigenen Dach oder aus dem Quartier bezogen wird. Danke für die heutige Ankündigung, Herr Schaeren, das ist für uns neu.

Dazu gehört, drittens, ein Zusatzeffort in der Kommunikation. Die EKZ gehen wohl davon aus, sie investierten auch hier schon viel. Aber Kommunikation ist nur so viel wert, wie beim Gegenüber ankommt. Gerade mit den Ergänzungen im Zweckartikel des EKZ-Gesetzes erwarten wir von den EKZ, dass sie mit Gemeinden und weiteren Partnern offensiv kooperieren. Wir erwarten kreative Lösungsvorschläge statt kleinmütige, abschlägige Antworten, zum Beispiel, wenn es um den Anschluss grösserer Solaranlagen geht.

Die Governance-Themen, die angesprochen wurden, sind der GLP ebenfalls wichtig. Hier sind nicht nur die EKZ angesprochen. Der Regierungsrat ist gefordert, einen neuen Entwurf für die kantonale Eigentümerstrategie zu bringen, wobei wir hier dem Druck des Kantonsrates kritisch gegenüberstehen. Die vorgelegte Eigentümerstrategie hätte uns gegenüber der heutigen mit guten Schritten vorwärtsgebracht, um in vier Jahren weitere Schritte zu tun. Der Kantonsrat ist gefordert, seine eigenen Prozesse anzupassen, um den gestiegenen Anforderungen an die Verwaltungsrätinnen und Verwaltungsräte und die Timelines zu genügen. Und auch die EKZ sind gefordert. Der Verwaltungsrat soll mit Hilfe einer externen Analyse aufzeigen, welche Kompetenzen er zukünftig braucht, um seine Vermittlerrolle zwischen Politik und Wirtschaft für beide Seiten zielführend zu gestalten.

Die Grünliberalen genehmigen Geschäftsbericht und Jahresrechnung und nehmen die Gewinnverwendung zustimmend zur Kenntnis.

Beat Bloch (CSP, Zürich): Die EKZ haben im vergangenen Geschäftsjahr ein ansprechendes Geschäftsergebnis erzielt und dem Kanton und den Gemeinden einen erheblichen Teil des Gewinnes ausgeschüttet. Die genauen Zahlen dazu wurden von der Präsidentin der AWU bereits bekanntgegeben und müssen hier nicht wiederholt werden. Zu reden gab, wie in den letzten Jahren, das Auslandsengagement der EKZ. Hierzu gilt es zu bemerken, dass die EKZ mit diesem Engagement einerseits gutes Geld verdienen und so auch dem Anspruch gerecht werden, dass sie einen Beitrag ihres Gewinns in

die Kasse des Kantons abzuliefern haben. Daneben sammeln sie Erfahrungen im Bau und Betrieb von grossen Wind- und Solaranlagen, die sie hoffentlich auch bald in der Schweiz gebrauchen können.

Ein weiteres wiederkehrendes Thema bei den EKZ ist die Firma Eltop, die immer wieder in der Kritik steht. Heute bietet die Eltop Elektroinstallationsdienstleistungen bei Photovoltaik, E-Mobilität, ICT-Services und Gebäudeautomation an. Wir haben es schon gehört, sie hat rund 550 Mitarbeitende und 130 oder 140 Lernende und sie deckt damit einen Marktanteil von rund 2 Prozent der Branche ab. Sie steht mit ihrer Tätigkeit in direkter Konkurrenz zu privaten Anbietern. Auch in unserer Fraktion gibt es kritische Stimmen zur Eltop. Es kann jedoch festgehalten werden, dass die Eltop zwar eine Konkurrentin ist, jedoch weit davon entfernt, den Markt zu verzerren oder den Markt zu beherrschen. Die EKZ haben aber auch in der Zukunft dafür zu sorgen, dass jegliche Quersubventionierungen unterbleiben. Und die Eltop ist in jeglicher Hinsicht so zu führen, dass kein Verdacht aufkommt, dass mit Geldern aus dem Monopolbereich die Eltop quersubventioniert wird.

Die Zukunft für die EKZ ist unseres Erachtens herausfordernd. Einerseits wird der Mantelerlass sie treffen, der Mantelerlass, auch bekannt als Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Hier kommen einige Aufgaben auf die EKZ zu. Investitionen in die Infrastruktur sind hier unerlässlich und müssen gestemmt werden. Wir haben die Zahl von 2 Millionen Franken pro Woche gehört, wir haben aber auch von den EKZ gehört, dass diese Summe nicht ausreichen wird, um das Netz auf Vordermann zu bringen. Die EKZ investieren hier heute schon einiges, müssen aber dranbleiben, damit die sichere Versorgung auch gelingt.

«Sichere Versorgung» ist ein weiteres Stichwort. Wir haben in der letzten Zeit verschiedene grössere Stromausfälle im Ausland gehabt. Teilweise ist heute auch bekannt, dass diese Stromausfälle auf Sabotage zurückzuführen sind. Auch hier werden die EKZ sich der Herausforderung stellen und ihre Sicherheit entsprechend erhöhen müssen. Auch das in Aussicht stehende Stromabkommen wird die EKZ in der Zukunft fordern, insbesondere dann, wenn jeder Konsument seinen Stromanbieter selber wählen kann. Ich kann mich gut erinnern, wie ich als junger Kantonsrat mit den EKZ in Kontakt gekommen bin und man mir damals erzählt hat – das war vor mehr als zehn Jahren –, man sei bereit für diese Strommarkttöffnung und man unterhalte eine eigene Abteilung, die sich dieser Strommarkttöffnung widmet. In der Zwischenzeit ist das ein wenig eingeschlafen, aber jetzt wird diese Öffnung wieder aktuell und auch zur Herausforderung für die EKZ.

Auch die Änderung des EKZ-Gesetzes, die wir in Kürze hier im Rat wohl verabschieden werden, gibt der EKZ neue Aufgaben. So wird gefordert, dass sie aktiv dazu beiträgt, die kantonalen Klimaziele zu erreichen. Auch hier

wird es nicht genügen, auf das zu verweisen, was die EKZ bereits tun. Sie bekommen einen neuen klaren Auftrag und müssen hier tätig werden. Auch aus regulatorischer Sicht wird es eher mehr zu beachten geben als weniger. Auch hier ist es wichtig, dass Regeln beachtet und eingehalten werden. Auch der Bericht der Finanzkontrolle hat gezeigt, dass der Dschungel der Vorschriften gross ist. Wir haben es gehört, es sind viele Herausforderungen. Unter diesen Voraussetzungen ist auch die heutige Gewinnwarnung zu verstehen, die der Verwaltungsratspräsident gegenüber dem Rat geäussert hat. Kurzum, wir wünschen uns bei den Engagements im Inland noch etwas mehr Unterstützung für die neuen erneuerbaren Energien. Nur wenn hier auch vonseiten der EKZ vorwärtsgemacht wird, gelingt die nötige Energiewende. Mein Dank gilt allen Verantwortlichen der EKZ und den Mitarbeitenden. Sie haben ein gutes Jahr hingelegt. Die Fraktion der Grünen wird die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht genehmigen.

Thomas Anwander (Die Mitte, Winterthur): Die EKZ sind in den vergangenen Jahren zu einem stattlichen Konzern gewachsen, welcher schon lange nicht mehr nur in der Verteilung von Strom in den Gebieten des Kantons Zürich tätig ist. Grob gesagt, lassen sich die EKZ in vier Bereiche gliedern und ich werde in der Folge deren Performance im vergangenen Geschäftsjahr und die strategischen Herausforderungen kurz würdigen.

Der Bereich Netze ist sozusagen das Herzstück der EKZ. Aufgabe dieses Bereichs ist eine sichere und bezahlbare Versorgung von Privaten und Unternehmen im Machtgebiet mit Strom. Im vergangenen Geschäftsjahr hat der Bereich Netze gut gearbeitet. Die Verfügbarkeit mit Strom war hoch, und im schweizerischen Quervergleich gehören die EKZ zu den günstigsten Stromanbietern. Der Gewinn war im Vergleich zum Vorjahr allerdings tiefer, unter anderem auch durch regulatorische Vorgaben. Für die Zukunft ist gerade auch aus volkswirtschaftlicher Betrachtungsweise wichtig und entscheidend, dass dieser Bereich weiterhin die sichere und kostengünstige Versorgung seiner Kunden im Kanton Zürich mit Strom sicherstellt. Diese Zielsetzung gewinnt auch an Relevanz vor dem Hintergrund der im Energiegesetz definierten Klimaziele. Ganz einfach: Ohne eine sichere und bezahlbare Stromversorgung werden wir die Dekarbonisierung nicht schaffen oder wir würgen die Wirtschaft ab. Die sichere und bezahlbare Stromversorgung ist aber nur möglich, wenn entsprechende Investitionen getätigt werden, zum Beispiel mehr Transformatoren. Und wir als Kantonsrat sind hier gefordert, die gesetzlichen Rahmenbedingungen so anzupassen, dass dies schneller gemacht werden kann.

In diesem Kontext sind wir grundsätzlich damit einverstanden, dass in überschaubarem Rahmen in der Schweiz Projekte zur Stromproduktion finanziert

werden, die nicht zu Beginn voll rentabel, aber langfristig technologisch sinnvoll sind. Wichtig ist aber, dass über solche Projekte offen und transparent informiert wird.

Zum Geschäftsbereich Markt gehören die Eltop sowie die weiteren in den letzten Jahren erworbenen Unternehmen. Auch wenn sich die Profitabilität von Eltop und dem Geschäftsbereich Markt gemäss Aussage der EKZ gegenüber dem Vorjahr verbessert haben soll, gehe ich trotzdem davon aus, dass noch keine marktüblichen Renditen erzielt werden. Genauere Aussagen lassen sich nicht machen, weil die finanzielle Transparenz der EKZ ungenügend ist, da keine Segmentszahlen veröffentlicht werden. In strategischer Hinsicht ist problematisch, dass der Bereich Markt sein Tätigkeitsgebiet sowohl produktseitig als auch geografisch immer mehr ausdehnt. Wieso muss Eltop in Davos tätig sein? Aus ordnungspolitischen Überlegungen ist es falsch, dass ein Staatsunternehmen unnötigerweise private Unternehmen konkurrenzieren, insbesondere da bei den Dienstleistungen und Produkten, die der Geschäftsbereich Markt anbietet, kein Marktversagen vorliegt. Da eine Privatisierung des Bereichs Markt heute im Rat wohl noch keine Mehrheit finden wird, ist für uns wichtig, dass dieser Bereich eine marktübliche Rendite erwirtschaftet. Und ob dies der Fall ist, lässt sich nur überprüfen, wenn es in der finanziellen Berichterstattung mehr Transparenz gibt. Allein schon aufgrund des Rechnungslegungsstandards Swiss GAAP FER müsste eine Segmentsberichterstattung erfolgen. Eine transparente Finanzberichterstattung ist für die Mitte auch ein zentrales Anliegen im Rahmen der Diskussion der neuen Eigentümerstrategie.

Ein weiterer Bereich der EKZ sind die diversen Auslandbeteiligungen. Diese betreiben in verschiedenen Ländern wie Portugal, Spanien, Deutschland und Frankreich allein oder zusammen mit Partnern Wind- und Photovoltaik-Anlagen. Im Geschäftsbericht erfahren wir nur, dass die Produktionsmengen gesteigert werden konnten, das Ergebnis aber insgesamt aufgrund veränderter Marktbedingungen gegenüber dem Vorjahr tiefer ausgefallen ist. Auch hier ist die finanzielle Transparenz ungenügend. Wenn die EKZ schon im Ausland investieren, dann sollen diese Investitionen, unter Berücksichtigung der eingegangenen Risiken, angemessen rentieren und das eingesetzte Kapital risikogerecht verzinst werden. Ob dies wirklich der Fall ist, können wir aufgrund der Informationen im Geschäftsbericht nicht abschliessend beurteilen. Die ausgewiesene Gesamtkapitalrendite ist unter Berücksichtigung des höheren Zinsniveaus in Europa und der Wechselkursrisiken sicher nicht berauschend. Wir wissen auch nicht im Detail, welche Ergebnisse der einzelnen Bereiche auf Stufe Betriebsgewinn, sprich EBIT, oder im Finanzergebnis konsolidiert werden. Auf jeden Fall ist der EBIT gegenüber dem Vorjahr in der konsolidierten Konzernrechnung zurückgegangen und beträgt

noch 53,5 Millionen Schweizer Franken. Dass die EKZ als Konzern insgesamt ein Unternehmensergebnis von rund 155 Millionen Schweizer Franken ausweisen können, ist auf das gute Ergebnis von Repower zurückzuführen, an welcher die EKZ mit 38,5 Prozent beteiligt sind. Die Beteiligung an Repower wird nach dem Prinzip der Equity-Konsolidierung in der Konzernrechnung berücksichtigt. Dies ist auch der Grund, warum der im Stammhaus verbuchte Finanzertrag aus der Repower-Beteiligung deutlich tiefer ist, da bei der Rechnung des Stammhauses nur die effektiv vereinnahmten Dividendenrträge verbucht werden. Diese buchhalterischen Feinheiten sind allerdings nicht entscheidend. Wie schon letztes Jahr stellt sich vielmehr die Frage nach dem Nutzen der Repower-Beteiligung in dieser Größenordnung für die EKZ und indirekt für den Kanton Zürich als deren Eigentümer. Die Frage stellt sich umso mehr, weil die EKZ auch an der AXPO beteiligt sind. AXPO und Repower sind beides Unternehmen, die über Wasserkraftwerke im Kanton Graubünden verfügen.

Welches ist die übergeordnete Strategie auch im Hinblick auf die Veränderungen im Energiemarkt? Wir sind der Ansicht, dass die Strategie der EKZ besser kommuniziert werden muss. Erste Schritte wurden mit der neuen Eigentümerstrategie gemacht, aber es besteht weiterer Handlungsbedarf. Damit die grossen Ziele – sicherer und kostengünstiger Strom – sowie die im Energiegesetz verankerten Ziele der Dekarbonisierung erreicht werden, müssen sich die EKZ mehr fokussieren und eine bessere Kapitaleffizienz erreichen. Damit die EKZ diese Herausforderungen in den nächsten Jahren optimal bewältigen können, braucht es auch eine moderne Governance-Struktur. Wir begrüssen ausdrücklich alle Initiativen und Vorschläge, gerade auch seitens der AWU, die zur Verbesserung der Governance beitragen.

Die Mitte dankt dem Verwaltungsrat, dem Management und allen Mitarbeitenden der EKZ für ihr Engagement für eine sichere Stromversorgung und ihren Einsatz für die EKZ und möchte den Verwaltungsrat ermutigen, für mehr finanzielle Transparenz zu sorgen und über die wichtigen strategischen Themen offen zu kommunizieren. Die Mitte-Fraktion stimmt den Anträgen der AWU zu.

Andrea Grossen-Aerni (EVP, Wetzikon): Energiewende – welches Bild kommt Ihnen bei diesem Wort in den Sinn? Ich sehe eine Achterbahn vor mir. Das ist ein bisschen seltsam, weil mir die Adrenalin-Portionen des Alltags eigentlich genügen. Weniger seltsam ist es, weil auch die Energiewende ganz unterschiedlich interpretiert wird. Den einen wird es schon schwindlig, wenn es nicht immer geradeaus und allzu schnell geht, anderen kann es nicht abenteuerlich und rasant genug sein. Welche Abzweigungen die Strompreise

nehmen, lässt sich nur schwer voraussagen. «Volatilität» nennt das die Ökonomie. Sicher ist jedoch, dass mit dem neuen Stromgesetz zusätzliche Herausforderungen auf uns warten, die Ansprüche an die Netze durch die wachsende Elektromobilität steigen und letztlich doch alle eine sichere, günstige und ökologische Versorgung erwarten. Klingt schon beinahe nach Quadratur des Kreises. Zu den wichtigsten Betreibern dieser politischen Achterbahn gehören die EKZ, ihnen möchten wir zum soliden Geschäftsergebnis mit einem Gewinn von 149 Millionen Franken gratulieren. Beruhigend ist auch die Eigenkapitalquote von gut 80 Prozent. Der Kanton und die EKZ-Gemeinden können ebenfalls gratulieren, fliessen doch über 37 Millionen Franken an sie zurück. Muss die Sicherheit bei einer Achterbahn zu 100 Prozent gewährleistet sein, können wir bei der Verfügbarkeit von Strom auch mit 99,998 Prozent leben. Für diese beruhigende Zahl investieren die EKZ wöchentlich über 2 Millionen Franken in die Netzinfrastruktur und in die Digitalisierung.

Sympathiepunkte sammeln die EKZ auch, wenn es um Strompreise geht, denn etliche Gemeinden mit eigenen Stadtwerken können von so attraktiven Preisen wie jenen der EKZ nur träumen. Erwähnenswert sind die Nachrichten, dass die EKZ in Embrach die grösste Solaranlage im Kanton Zürich realisierten, an ihrem Netz 4000 neue Photovoltaik-Anlagen anschlossen und ihre Energieberatungen auf neue Rekordzahl hochschraubten. Und womit können die EKZ in Zukunft punkten? Hoffentlich mit angemessenen und langfristig garantierten Mindestpreisen bei Rückliefertarifen. Denn es steht den Kantonen frei, die ab 2026 national gedeckelten Zahlen attraktiver zu machen und damit den Solarausbau nicht unnötig zu gefährden. Photovoltaik-Anlagen an Fassaden produzieren zwar weniger Strom als auf dem Dach, dafür steht mehr Solarstrom morgens, abends und bei tiefem Sonnenstand im Winter zur Verfügung. Die Montage ist komplexer und aufwendiger. Der Bund honoriert dies mit zusätzlichen Förderbeiträgen. Ein Bonus-System, wie es die Bundesstelle Pronovo (*Vollzugsstelle für Förderprogramme für erneuerbare Energien des Bundes*) anwendet, könnte auch für die EKZ ein Modell sein.

Das neue Stromgesetz, das per Anfang 2026 eine Verordnung erhält, bietet weitere Möglichkeiten, wie der lokale Eigenverbrauch von Solarstrom für bessere Renditen sorgt. Beim bidirektionalen Laden von Elektroautos warten wir noch auf Bundesvorgaben. Immerhin geht der Smart-Meter-Rollout (*intelligente Stromzähler*) zügig voran, wie 83 Prozent ersetzte Zähler zeigen. Wenn der Bund spart, ist die Stunde der starken Player gekommen. Die EKZ sollten deshalb im eigenen Interesse auf anwendungsorientierte Forschung und innovative Projekte setzen, klar, dass sie bei den schnellen Entwicklungen ihre Planungshorizonte auch verständlich kommunizieren müssen. Bei

Fragen zur Vergütung geht es letztlich auch um Transparenz und um das Vertrauen der Öffentlichkeit. Das ist nicht ganz einfach, wenn jedes der fünf Geschäftsleitungsmitglieder etwa gleich viel verdient wie ein Bundesrat. Und weil die EKZ den Zürcherinnen und Zürchern gehören, beobachten wir diese Entwicklung mit kritischen Augen. Ich nehme das Bild der Achterbahn nochmals auf. Uns ist es wichtig, dass die EKZ beide Mitfahrenden berücksichtigen, die eher Ängstlichen mit Stabilität und jene mit Erfindergeist, die eine zukunftsgerichtete Energiepolitik aktiv vorantreiben möchten.

Wir danken allen Mitarbeitenden der EKZ, der Geschäftsleitung und dem Verwaltungsrat für den engagierten Einsatz. Was unsere EKZ leisten, macht uns stolz, besonders wenn sie auch bei der saisonalen Energiespeicherung vorangehen. Die EVP genehmigt den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung und nimmt von der Gewinnverwendung Kenntnis.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Die EKZ machen grundsätzlich eine gute Arbeit, und auch die im Oktober 2024 erfolgte Integration der Eltop AG ist eine sinnvolle Ergänzung zur Geschäftstätigkeit der EKZ in ihrem Versorgungsgebiet. Insbesondere mit dem Netto-Null-Ziel macht es Sinn, wenn diese Dienstleistungen end-to-end bis zur Installation in den Haushalten aus einer Hand erbracht werden. Der Beitrag der EKZ für die Energiewende ist wichtig, die EKZ müssen hier als Institution, die im Besitz der öffentlichen Hand sind, eine Vorreiterrolle übernehmen. Die EKZ und auch die Eltop sollten mit ihrer Arbeit auch die restliche Branche mitziehen. Hier möchten wir auch betonen, dass hierbei auch die Produktion erneuerbarer Energien in der Schweiz im Fokus sein sollte. Wir sehen es aber auch, dass ein Engagement im Ausland in manchen Fällen sinnvoll ist.

Ein wenig erstaunt nehme ich aber zur Kenntnis, dass offenbar die restlichen Mitglieder der Parteien und Mitglieder der AWU – bis auf die EVP – die Erhöhungen der Entschädigungen hier nicht mehr erwähnt haben. Ich möchte dies daher noch einmal thematisieren, denn diese Lohnerhöhungen des Verwaltungsrats um 44 Prozent von 1,1 auf 1,8 Millionen Franken seit 2021 waren und sind schlichtweg eine Frechheit. Für uns besteht auch aufgrund des vorliegenden Geschäftsberichts kein Hinweis darauf, dass solche ausserordentlichen Leistungen des Verwaltungsrates vorliegen, die solche hohen Entschädigungen rechtfertigen, insbesondere in Anbetracht des nicht lange zurückliegenden Rettungsschirms der EKZ. Auch der Verweis auf die AXPO ist für uns hier ein schlechtes Argument. Dies erinnert eher an die Geschwister am Mittagstisch, die neidisch auf den Teller des anderen schauen, wenn dessen Kuchenstück ein wenig grösser ist. Auch wenn dort die Boni-Höhe noch wesentlich grösser ist – wir diskutieren hier über die EKZ. Wenn solche Erhöhungen in Selbstbedienung in Ordnung sind, muss

man auch bei den restlichen Lohnerhöhungen genauer hinschauen. Dieses Jahr hat die Geschäftsleitung eine Erhöhung der Entschädigungen um gut 7 Prozent erhalten. Wir bezweifeln, dass diese Lohnerhöhungen im Gleichschritt mit den Entschädigungen der restlichen Mitarbeiter erhöht wurden. Und angesichts der vorangegangenen Lohnerhöhungen des Verwaltungsrates fehlt uns hier entsprechend das Vertrauen, dass hier gut genug hingeschaut wurde, denn gemäss unserer Ansicht sollten die Lohnerhöhungen in den kleineren Lohnklassen eher grösser sein als jene, die bereits genug haben. Ansonsten geht die Lohnschere noch weiter auf, als sie ohnehin schon ist, und dies ist für uns nicht akzeptabel. Leider konnten wir hier keine entsprechenden Zahlen finden, vielleicht kann man uns hier noch entsprechende Auskünfte erteilen.

Der Dank der AL geht daher an die restliche Belegschaft der EKZ, die auch ohne massive Lohnerhöhungen und exorbitante Löhne ihre Arbeit Tag für Tag erledigt und die Basis für das gute Ergebnis der EKZ geliefert hat. Angesichts meiner vorherigen Kritik und der ungerechtfertigten Erhöhung der Entschädigungen hat sich die AL entschieden, die Rechnung der EKZ dieses Jahr nicht zu genehmigen.

Rolf Schaeren, Präsident des Verwaltungsrates der EKZ: Ganz herzlichen Dank für alle diese qualifizierten Voten Ihrer Fraktionen zu unserem vergangenen Geschäftsjahr. Wenn ich diese Voten zusammenfasse und Ihnen jetzt sage, was ich als Verwaltungsratspräsident der EKZ mitnehmen und was ich meinem Verwaltungsrat aus dieser Diskussion rückmelden werde, dann nehme ich als Erstes mit Freude mit, dass Sie doch sehr wohlwollend sind und viel Zustimmung zu dem zeigen, was die EKZ im letzten Geschäftsjahr auch geleistet haben, und das freut uns.

Sie haben aber auch berechtigte Erwartungen geäussert. Sie haben Erwartungen an uns, und diese müssen wir natürlich auch ernst nehmen und ich werde diese Erwartungen dem Verwaltungsrat auch mitteilen. Nun, wenn ich diese Erwartungen etwas gliedere, dann sehe ich drei Felder, die in einem Spannungsverhältnis stehen: Sie betonen einerseits den Erhalt der finanziellen Stabilität der EKZ, also die Wirtschaftlichkeit. Sie betonen die Förderung der erneuerbaren Energien, also die Umweltgerechtigkeit. Und Sie betonen auch, dass Sie es schätzen, dass wir sehr wenig Stromausfälle haben, und das ist die Sicherheit, die unser Auftrag ist. Und ja, wenn wir die letzten zwei Wochen ein bisschen international betrachten, wird uns auch bewusst, dass es nicht selbstverständlich ist, dass es keine Stromausfälle gibt. Und auch wir wissen, dass wir immer auch einmal betroffen sein können, aber wie gesagt, wir leisten viel dafür, das zu verhindern. Nun, diese Vielfalt der Erwar-

tungen macht es ja dann auch anspruchsvoll zu sagen, wo die Schweregewichte liegen. Und selbstverständlich liegt es in der Natur der Sache, da der Verwaltungsrat genau paritätisch zusammengesetzt ist wie Sie selber hier in diesem Rat, dass diese Erwartungen schon über die Zusammensetzung des Verwaltungsrates, also Ihre Vertreterinnen und Vertreter im Verwaltungsrat, auch eingebracht werden. Und es ist tatsächlich ein Spannungsfeld auch in unseren Diskussionen, und am Schluss entscheidet dann der Verwaltungsrat, dass wir so oder so in einer bestimmten Frage dann weitergehen.

Die offene Kommunikation – es ist jetzt das zweite Mal, dass ich von Ihnen höre, dass Sie sich in der Kommunikation mehr wünschen, ich werde das mitnehmen. Wenn ich unsere Publikationen anschau, denke ich, dass wir doch schon sehr vieles machen. Aber entscheidend ist nicht, was wir denken, sondern wie Sie es erfahren, und ich denke, wir müssen uns damit auseinandersetzen.

Mehr Transparenz in der Rechnung ist eine Erwartung, die ich gehört habe, auch das nehmen wir mit. Immerhin, wir haben eine professionelle interne Revision, wir haben eine professionelle externe Revision und wir erfüllen alle Anforderungen der kantonalen Finanzkontrolle. Das heisst, ja, man kann immer noch mehr machen, das ist so, aber zumindest das, was Sie erwarten dürfen und müssen, nämlich, dass wir alles einhalten, was wir machen müssen, das ist doch erwiesenermassen auch erfüllt.

Forschung und Entwicklung, auch eine Erwartung, dort noch mehr zu tun: Ich erinnere daran, dass wir gerade dieses Frühjahr einen Forschungspreis für unser Projekt «Ortsnetz» gewonnen haben, was doch nicht selbstverständlich ist. Wir haben mit diesem Projekt innerhalb der Schweiz doch auch etwas Aufmerksamkeit gewonnen. Und wir sind sehr gut vernetzt mit den Hochschulen. Also es ist so, dass wir mit ETH und Fachhochschulen in etlichen, auch technischen Projekten zusammenarbeiten. Und ja, mehr machen kann man immer.

Ich bedanke mich sehr für Ihre sehr konstruktiven Rückmeldungen. Wie gesagt, ich nehme das mit und wünsche Ihnen weiterhin auch in Ihrer Aufgabe alles Gute.

Detailberatung

I.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 170 : 5 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), Ziffer I der Vorlage zuzustimmen und die Rechnung und den Geschäftsbericht der EKZ für das Jahr 2023/2024 zu genehmigen.

II.

Keine Bemerkungen; Kenntnisnahme.

III. und IV.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

Ratspräsident Beat Habegger: Ich verabschiede den Verwaltungsratspräsidenten der EKZ und auch die Mitglieder des Verwaltungsrates auf der Tribüne. Vielen Dank, dass Sie heute bei uns waren.

4. Sozialhilfegesetz (SHG), Aufgabenteilung Sozialbehörde und Sozialdienst

Antrag der Redaktionskommission vom 3. April 2025

Vorlage 5940b

Christa Stünzi (GLP, Horgen), Präsidentin der Redaktionskommission: Die Vorlage 5940 hat die Redaktionskommission geprüft. Wir haben kleinere Anpassungen vorgenommen, alle sprachlicher Natur und immer analog zu den Formulierungen, die bereits im Gesetz vorkommen beziehungsweise üblich sind. In dieser Vorlage haben wir keine grösseren redaktionellen Änderungen vorgenommen, entsprechend braucht es hier keine weiteren Ausführungen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Haben wir Probleme mit dem bestehenden Sozialhilfegesetz? Nein. Braucht es eine Änderung des Sozialhilfegesetzes? Nein. Ich kann Ihnen aufzeigen, dass die angeblich kleinen Änderungen gravierender sind, als es jetzt kommuniziert wurde.

Was wird im Wesentlichen geändert? Die alleinigen Entscheidungsbefugnisse und damit die Kompetenz und die Verantwortung für die Sozialhilfegelder-Entscheide werden dem Sozialdienst übertragen. Die Verwaltung erhält eine Machtkumulation, die ungesund und jeglicher politischen Kontrolle entzogen ist. Der Sozialdienst ist neu alleinig für die Gewährleistung der persönlichen Hilfe, die Durchführung der wirtschaftlichen Hilfe sowie für die den Gemeinden obliegenden Aufgaben im Bereich der Asylfürsorge, der

Nothilfe und der institutionellen Zusammenarbeit zuständig. Zudem vertritt der Sozialdienst die Gemeinden im Verwaltungsrechts- und Pflegegesetz sowie im Zivil- und Strafverfahren im Bereich der öffentlichen Sozialhilfe. Neu müssen die Gemeinden über fachlich geeignetes Personal verfügen. Sie sehen, die Gesetzesänderung verursacht Mehraufwand für den Sozialdienst und verlangt Personal mit der entsprechenden Ausbildung. Wir schaffen mit diesem Gesetz eine neue KESB 2 (*Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde*). Die Sozialbehörde wird damit zum reinen Statistendasein degradiert.

Die SVP/EDU-Fraktion will diese Gesetzesänderung nicht und wird bei einer Genehmigung dieses Gesetzes das Referendum ergreifen. Danke vielmals.

Linda Camenisch (FDP, Wallisellen): Bevor wir heute zur Schlussabstimmung kommen, ist es der FDP wichtig, nochmals kurz aufzuzeigen, um was es geht. Und es steht viel auf dem Spiel. Diese Gesetzesänderung hat absolut keinen Mehrwert für die Sozialhilfebezüger und für die mit dem Vollzug betrauten Gemeinden schon gar nicht, im Gegenteil, es ist eine aufgezwungene Systemänderung, was die Kompetenzen betrifft. In der Sozialhilfe ist zu circa 90 Prozent alles gesetzlich geregelt, das sind die sogenannten Normfälle. Einzig bei den situationsbedingten Leistungen besteht ein gewisser Spielraum, und dann natürlich noch der Entscheid, ob eine Gemeinde eine Sozialbehörde haben will oder nicht. Dieses System hat sich bewährt. Jede und jeder in diesem Parlament, der oder die sich politisch in einer Gemeinde engagiert oder in einer Verwaltung arbeitet, sollte sich wirklich nochmals Gedanken über die Konsequenzen eines Ja zu dieser Gesetzesänderung machen. Die FDP stimmt mit Überzeugung Nein zu dieser so verharmlosend tönenden, erzwungenen Aufgabenteilung und wird, falls nötig, das Behördenreferendum unterstützen. Danke.

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen): Ich möchte Sie daran erinnern, dass diese Vorlage auf einer Motion beruht, die wir hier mit einer Mehrheit überwiesen haben. Diese Motion forderte die Professionalisierung der Sozialhilfe und wollte auch ein Nachvollzug dessen sein, was die meisten Gemeinden heute schon leben. 2008 hat auch die Stadt Zürich der HSG (*Universität St. Gallen*) eine Studie in Auftrag gegeben, die überprüfen sollte, wie die Organisations- und Führungskompetenz in einem Sozialdienst und mit der Behörde aufgeteilt werden sollte. Damals wurde erwähnt, ich zitiere: «Es sind Mehrfachzuständigkeiten einerseits in Bezug auf die Aufsicht und andererseits aber ebenso in Bezug auf die Durchführung der Sozialhilfe vorhanden. Damit ist

die Organisation ebenso nicht sachgerecht ausgestaltet und erweist sich streckenweise als schwer durchschaubar. Auch vermag diese den Grundsätzen der Good Governance nicht zu genügen.» Ich denke, gerade die FDP oder andere Vertreter von Unternehmen wissen, wie wichtig es ist, dass man strategische und operative Aufgaben trennt. Das ist bis heute nicht so. Die meisten Gemeinden haben es aber getrennt, weil es eben sachgerecht ist. Und schon damals, also 2008, hatten der Kanton St. Gallen und der Kanton Bern ein Modell, welches den Kriterien der Good Governance entspricht. Und der Kanton Zürich wurstelt seither vor sich hin. Ich persönlich habe 1998 zum ersten Mal Sozialhilfe ausbezahlt und zum letzten Mal 2022 für verschiedene Gemeinden in den Kantonen Thurgau, St. Gallen, Zürich und Zug. Ich habe sehr viel gesehen und es ist einfach so, dass, wenn die Professionalität in der Ausrichtung der Sozialhilfe in einer Gemeinde nicht gegeben ist, es sehr teuer für die Gemeinden wird. Es gibt Gemeinden, die Sozialhilfebeziehende observiert haben, weil sie nicht wissen, was ein IK-Auszug (*Individuelles Konto*) ist. Wenn Sie das jetzt nicht wissen, dann googeln Sie mal. Es gibt auch Gemeinden, die Menschen über 20 Jahre lang in der Sozialhilfe haben, weil sie nicht wissen, wie man Subsidiarität prüft, welche sozialversicherungsrechtlichen Leistungen es gibt, wie eine Lohnfortzahlung erwirkt werden kann, wie eben eine IV-Anmeldung gemacht wird, wie dieser Prozess begleitet wird. Also, die Professionalisierung hat nichts mit Kuscheln mit Sozialhilfebeziehenden zu tun, sondern es geht um die Gemeindesteuern. Und es gibt eine Verantwortung der Gemeinden, das Geld auch richtig auszugeben. Daher setzen die Gemeinden, die das begriffen haben, auf eine fachgerechte Sozialhilfe. Ich bitte Sie, diese Vorlage so wie vorgesehen auch weiter zu unterstützen. Danke.

Alan David Sangines (SP, Zürich): Ja, nun ist es soweit, die SVP und die FDP haben das Referendum angekündigt und wiederholen die unwahren Behauptungen der letzten Debatte. Es ist überhaupt nicht so, dass die alleinigen Befugnisse von allem neu bei den Sozialdiensten wären, im Gegenteil: Es ist so, dass dieses Gesetz nichts anderes als eine strategische und operative Trennung erreichen möchte. Für Operatives soll der Sozialdienst zuständig sein, wie überall sonst auch die Fachleute zuständig sind, und für strategische Entscheide oder auch für Beschwerde- oder Rekursverfahren könnte weiterhin die Sozialbehörde zuständig sein. Die Sozialbehörde kann Richtlinien erlassen, zum Beispiel zu den Mietzinsansätzen, zu situationsbedingten Leistungen, an die sich dann auch die Sozialdienste halten müssen. Es ist also absolut nicht zutreffend, wenn die FDP und die SVP sagen, die Sozialbehörde würde dadurch entmachtet. Was effektiv der Fall ist, ist, dass man ope-

rativ und strategisch trennt, wie in allen anderen Bereichen auch. Oder würden Sie es gut finden, wenn am Unispital der Spitalrat über die Operationen entscheiden müsste, die Ärzte durchführen möchten? Auf diesem Niveau sind wir. Aber weil es die Sozialhilfe betrifft, sprechen Sie den Sozialdiensten die Fachlichkeit ab. Sie wollen Mikromanagement ermöglichen und so die operative und strategische Ebene vermischen. Und übrigens hat sich die SoKo (*Sozialkonferenz des Kantons Zürich*) immer für eine Entflechtung von strategisch und operativ ausgesprochen, das werfen Sie jetzt heute über den Haufen. Aber wenn wir ehrlich sind – und da stört mich vor allem, dass die FDP und die Mitte hier beim Spiel der SVP mitmachen –, dann hat die SVP letztes Mal in der Debatte genau gesagt, worum es ihr geht und weshalb dieses Referendum: Es geht ihr nicht um Inhaltliches, sondern, ich zitiere Lorenz Habicher: «Sie dürfen nicht vergessen, dieses Thema ist sehr dankbar für uns, wir werden es wunderbar bewirtschaften. Und Sie haben 2026 die Gemeindewahlen vor der Tür. Ich möchte mich hier also bei den Linken und Grünen bedanken, dass sie uns ermöglichen, einen Wahlkampf zu gestalten.» Darum geht es euch. Und an die FDP, die sich immer der SVP in den Schoss wirft: Ihr werdet von diesem Wahlkampf überhaupt nichts erhalten. Und an die Mitte, die während der ganzen Beratung des Geschäfts immer bei uns war, die keine Anträge gestellt hat, etwas an der Seitenlinie stand und dann ganz kurzfristig die Meinung geändert hat – man fragt sich, wie es gekommen ist, dass sich die Mitte plötzlich nach x Kommissionsberatungen der SVP und FDP anschloss, ohne materiell mitgearbeitet zu haben –, auch ihr werdet gar nichts von diesem Referendum haben. Das Einzige, was ermöglicht wird, ist, dass die SVP ihr Lieblingsthema – Zitat – «bewirtschaften» kann. Daher wirklich, es gibt so ein Sprichwort auf Englisch: «Wenn jemand dir zeigt, wer er wirklich ist, glaube ihm.» Die SVP hat es gezeigt. Die SVP hat gesagt, sie werde es bewirtschaften. Und ihr helft der SVP bei der Bewirtschaftung ihrer Themen, ohne daraus materiell irgendwie einen Nutzen ziehen zu können. Deshalb hoffen wir, dass wir heute eine Mehrheit haben. Und das Referendum werden wir sicher gewinnen, auch wenn die SVP das Thema gerne bewirtschaften wird.

Hans Egli (EDU, Steinmaur) spricht zum zweiten Mal: Nur kurz: Ich erwarte eigentlich von Herrn Sangines, dass er sachlich bleibt. Und diese polemischen Angriffe auf Parteien, die nicht seine Grundhaltung teilen, sind eines Kantonsrates nicht würdig (*Heiterkeit und Zwischenrufe*), das ist so. Und zweitens: Wir von der bürgerlichen Seite honorieren und achten den Sozialdienst. Aber es gibt politisch Verantwortliche, und wir wollen die politisch Verantwortlichen nicht entmachten, das ist unsere Argumentation. Und wenn Sie mir vorher zugehört hätten, dann hätten Sie mir vielleicht auch

sachlich entgegnen können. Sie konnten aber nicht sachlich entgegnen, also haben Sie einfach hier ein paar polemische Vorwürfe gemacht. Wie gesagt, es gibt gute Gründe, dass man das Sozialhilfegesetz, diese Änderung ablehnt, und diese Gründe haben wir genannt. Und es geht nicht um irgendwelche Bewirtschaftung eines Themas. Danke vielmals.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Ja, verehrter Herr Egli, Herr Sangines hat aus einem Ratsprotokoll zitiert. Wenn Sie diese Aussagen irgendwie peinlich und eines Kantonsrates nicht würdig finden, dann drehen Sie sich um und sagen Sie das Ihrem Kollegen Habicher ins Gesicht (*Heiterkeit*).

Alan David Sangines (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ja, wenn ich gleich angesprochen werde: Hans Egli, also wirklich, du kannst dich nach hinten drehen, wenn du von diesen polemischen Anwürfen sprichst. Ich zitiere nichts anderes, als was Lorenz Habicher in der Debatte gesagt hat. Du sagst, es gehe euch nicht um Bewirtschaftung. Wie erklärst du dir – Zitat – «und wir werden es wunderbar bewirtschaften»? Ich weiss nicht, ob du im selben Raum gehockt bist. Ich weiss nicht, ob du dich vorbereitet hast auf heute, aber das ist das Zitat der SVP. Und wenn du sagst, ich hätte dir materiell nicht entgegnet: Ich habe bei deinem sehr knapp gehaltenen Votum mit Allgemeinplätzen, wie Entmachtung, sehr materiell entgegnet. Ich habe dir erklärt, was der Unterschied zwischen strategisch und operativ ist. Ich habe dir Beispiele genannt, wo die Sozialbehörde weiterhin Richtlinien erlassen kann, wie bei den Mietzinsrichtlinien, situationsbedingten Leistungen. Ich weiss nicht, ob diese Themen dir nicht so geläufig sind, dass du das Gefühl hast, das sei polemisch und nicht materiell, aber das ist eine ganz materielle Antwort, Hans Egli, du kannst gerne all diese Themen nachlesen. Wenn du weiterhin von einer Entmachtung sprichst, dann nenne konkret, wo die Sozialbehörden entmachtet werden. Das hast du nicht gemacht, es sind Allgemeinplätze. Und du kannst dich sonst auch mal an die SoKo wenden, wo ja die Fachpersonen sind, die ganz klar auch gesagt haben, strategisch und operativ solle getrennt werden. Ich habe jedem Punkt von dir entgegnet, plus noch deinen Kommissionskollegen und Fraktionskollegen zitiert. Wenn das für dich polemisch ist, würde ich mal in einer Fraktionssitzung schauen, damit ihr nicht solche Sachen äussert. Besten Dank.

Redaktionslesung

Titel und Ingress

*I. Das Sozialhilfegesetz vom 14. Juni 1981 wird wie folgt geändert:
Ersatz von Bezeichnungen*

*§§ 6, 7, 8, 9, 47, 47a und 47b
Übergangsbestimmungen*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*II. Das Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess vom 10. Mai 2010 wird befolgt geändert:
Ersatz von Bezeichnungen*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

III.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

IV. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Motion KR-Nr. 376/2020 betreffend Grundlagen für eine fachgerechte Sozialhilfe erledigt ist.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsident Beat Habegger: Damit ist die Vorlage redaktionell durchbereitet.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 88 : 87 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Vorlage 5940b abzulehnen.

Das Geschäft ist erledigt.

5. Verschiedenes

Fraktions- und persönliche Erklärungen

Fraktionserklärung der FDP, SVP und Mitte betreffend «Äusserungen der Zürcher SP-Stadträtin Simone Brander in Sachen Mobilitätsinitiative»

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Es ist ein vertrautes Muster: Wenn Bund oder Kanton Entscheide fällen, die der Zürcher Stadtregierung nicht passen, findet man in der Stadt Zürich kreative Wege, diese zu umgehen. Passt etwa das vom Volk beschlossene Ausländer- oder Asylrecht nicht, propagiert man

kurzerhand ein eigenes Aufenthaltsrecht, getarnt als Züri-City-Card. Reichen die bestehenden Unterstützungsleistungen für Sans Papiers aus Sicht der Stadtregierung nicht aus, erfindet man kurzerhand eine Basishilfe und scheitert damit gleich zweimal vor dem Bezirksrat, weil das Vorgehen dem übergeordneten Recht widerspreche, so der Bezirksrat. Auch beim Koch-Areal oder bei Critical Mass musste der Bezirksrat gegen den Stadtrat einschreiten. Will die Bevölkerung keine Stipendien für vorläufig Aufgenommene, plant die Stadt umgehend eigene Stipendien. Und gerade jüngst, wenn gewisse Sozialhilfebezüger das Land verlassen müssen, dann kämpft die Stadt mit Gratsianwälten gegen ihren eigenen Kanton und den Bund. Kurzum, die Stadt Zürich hat sich über die Jahre zur Meisterin im Biegen übergeordneter Rechtsnormen entwickelt und muss regelmässig auf dem Rechtsweg gestoppt werden.

In heutigen Zeiten könnte man das fast als trumpsches Verhalten bezeichnen, doch auf dieses Niveau wollen wir uns nicht begeben. Aber genau diesen kafkaesken Vorwurf hat die Zürcher SP-Stadträtin Simone Brander dem Zürcher Regierungsrat in der letzten Gemeinderatsdebatte gemacht, bei einer Debatte über die kantonale Mobilitätsinitiative. Stadträtin Brander wörtlich: «Die Verfassung missachten, um seinen politischen Willen durchzusetzen, das geschieht nicht nur im Weissen Haus, sondern auch im Kaspar-Escher-Haus.» Wer die Bevölkerung über eine Sachfrage abstimmen lässt, verhält sich also wie Trump (*Donald Trump, US-amerikanischer Präsident*). Wer aber ganz ohne Volksabstimmung fast flächendeckend Tempo 30 auf den kantonalen Hauptachsen einführen will, obwohl die eidgenössische Verkehrsregelnverordnung etwas anderes vorsieht, tut das nicht. Verwechselt da Stadträtin Brander nicht etwas? Denn worum geht es konkret?

Die kantonale Mobilitätsinitiative fordert zweierlei: Sie fordert einerseits, dass auf Hauptachsen die – ich zitiere – «bundesrechtlich zulässige Höchstgeschwindigkeit signalisiert wird». Wie genau, Frau Stadträtin Brander, kann eine Forderung, Bundesrecht umzusetzen, bundesrechtswidrig sein? Da muss man schon sehr, sehr in einer Blase gefangen sein. Ohnehin liesse sich das von Brander vorgeschoßene Argument «Lärmschutz» auch mit anderen Massnahmen beheben. Zusätzlich sieht die Initiative auch eine Ausnahmeregelung vor. Noch absurder wird es beim zweiten Punkt: Die Initiative fordert auch, dass die beiden grössten Städte im Kanton gegenüber den übrigen Gemeinden bei Tempolimits auf vom Kanton finanzierten Strassen keine Sonderrechte mehr haben sollen, für Stadträtin Brander ein Verstoss gegen die Gemeindeautonomie. Wenn es aber angeblich ein Verstoss gegen die Gemeindeautonomie sein soll, dass Zürich und Winterthur bei kantonal finanzierten Strassen nicht mehr bevorzugt behandelt werden, dann hätten eigent-

lich alle anderen 158 Gemeinden schon längst klagen müssen. Doch sie haben es nicht getan. Sind denn all diese Gemeinden weniger wert als die Stadt Zürich? Die Städte Zürich und Winterthur wurden während vielen Jahren privilegiert. Leider haben sie den Vertrauensvorschuss fahrlässig verspielt, das müssen sie sich selber zuschreiben.

Wenn Stadträtin Simone Brander wissen möchte, was das übergeordnete Recht tatsächlich verlangt, dann soll sie einfach mal die Verkehrsschilder an der Stadtgrenze studieren. Dort steht, wie in jeder Schweizer Ortschaft, «50 generell». Wenn der Zürcher Stadtrat diese Grundregel zur absoluten Ausnahmeregel machen will, dann hat er selber ein Problem mit dem übergeordneten Recht – und sicher nicht der Zürcher Regierungsrat. Übergeordnetes Recht einhalten bedeutet eben nicht, sich im Rahmen einer Güterabwägung nur herauszupicken, was einem gerade in den Kram passt.

Warum also dieser schrille Vergleich mit Trump? Es wirkt wie ein Ausdruck politischer Verzweiflung. Denn da kommt eine Initiative, die sowohl vom Regierungs- als auch vom Kantonsrat unterstützt wird, ohne ein einziges Komma zu ändern. Ja, selbst die Gegnerschaft im Kantonsrat fand offensichtlich keinen Grund, ihre Gültigkeit anzuzweifeln. Das muss wehtun. Wenn also das stärkste Argument der Gegner der Mobilitätsinitiative ein Trump-Vergleich ist, sagt das viel über die Substanz ihrer Einwände – wenig Inhalt, viel Lärm. Schade, dass hier die Lärmschutzverordnung nicht greift. Besten Dank.

Schluss der Sitzung: 11.55 Uhr

Es findet eine Nachmittagssitzung mit Beginn um 14.30 Uhr statt.

Zürich, den 26. Mai 2025

Die Protokollführerin:

Heidi Baumann